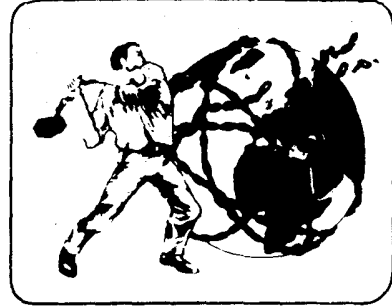


# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 35

September 1985

4 DM

Eine Linie vom deutschen Faschismus  
zum westdeutschen Imperialismus heute

## **Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus**

**Streiflichter und Standpunkte u.a. zu:**

- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
- MITSCHULD DAMALS UND HEUTE
- DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REVANCHISMUS BEKÄMPFEN
- ZUR DEMAGOGIE DER WEIZSÄCKER-REDE AM 8. MAI 1985
- DIE HALTUNG ZU POLEN- EIN PRÜFSTEIN
- DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN
- ZIELE DER REVOLUTION

## WORUM GING ES IN BITBURG ?

Der Besuch von US-Präsident Reagan in Westdeutschland war schon im Vorfeld von einer ganzen Reihe bezeichnender Ereignisse gekennzeichnet. Der Streit um das Besuchsprogramm von Reagan wurde seitens der meisten Kritiker von Kanzler Kohl in die Kategorie "Peinlichkeiten" eingestuft.

Ohne Zweifel gab es eine Fülle von bei solchen Staatsbesuchen absolut unüblichen Indiskretionen, "Peinlichkeiten" und reaktionären Trottelhaftigkeiten. Aber bei genauerer Betrachtung zeigt sich eben, daß es ganz und gar nicht um "Ungeschicklichkeiten" und "peinliches Verhalten" geht, sondern daß dahinter eine ganze Fülle sehr ernster reaktionärer Vorstöße des westdeutschen Imperialismus zu sehen sind, die eben nicht mit einem Mal, sondern nur über Umwege mit Windungen und Wendungen durchgesetzt wurden.

Die Schwierigkeiten der Durchsetzung des Plans, Soldaten der Waffen-SS zu ehren, schließlich sozusagen "gleichberechtigt" auch noch der Opfer der Waffen-SS in Bergen-Belsen zu gedenken, hingen im wesentlichen damit zusammen, daß insbesondere im Ausland unter den vom Hitlerfaschismus unterdrückten Völkern die Ab-surdi-tät einer solchen Gleichsetzung von Mördern und Gemordeten nicht einfach hingenommen wurde.

Dieses grundlegende Problem verknüpfte sich mit der aus der imperialistischen Rivalität erwachsenen Rivalität der westdeutschen imperialistischen Großmacht, die den amerikanischen Imperialismus trotz aller Freundschaftsbekundungen immer mehr herausfordert, ihre eigene Stärke herausstreicht und in diesem Zusammenhang dem Präsidenten der USA, wie es so schön heißt, sogar "innenpoli-

tische Schwierigkeiten" bereitet.

Daß es sich nicht einfach um "Peinlichkeiten", sondern um sehr ernste Fragen handelt, die mit solchen Vokabeln seitens der SPD, der DKP und der Grünen heruntergespielt und verleugnet werden, zeigt schon ein grober Blick auf einige bezeichnende Kommentare zu diesem Besuch von Reagan bei Kohl.

Zunächst wird in einem internen vom Spiegel veröffentlichten Papier des Auswärtigen Amtes in bezug auf den gewünschten Besuch Reagans in Dachau geäußert:

"An einer solchen, einseitig auf die Judenvernichtung anspielende Optik eines solchen Besuches können wir nicht interessiert sein."  
(Der Spiegel, Nr. 19, 1985)

Und der damalige Regierungssprecher und ehemalige Chefredakteur der Bildzeitung, Boenisch, empört sich:

"Das ist ja wohl das letzte, daß man noch 40 Jahre nach Kriegsende durch KZs laufen muß." (Der Spiegel, Nr. 18, 29.04.1985, S. 19)

Mit solchen markigen Worten machten die Politiker des westdeutschen Imperialismus klar, daß sie 40 Jahre nach dem Ende des Hitlerfaschismus nicht an dessen Verbrechen erinnert werden wollten. Ihnen ging es um etwas anderes.

Es entstand die Idee des Besuches des Soldatenfriedhofes bei Bitburg, auf dem, wie bekannt, auch Tote der Verbrecherorganisation der Waffen-SS liegen. Auf eine Fülle von Protesten hin wurde die Atmo-

sphäre härter, der Druck der internationalen Öffentlichkeit nahm zu.

Eine großangelegte und gut durchdachte Kampagne zur Rehabilitation der Waffen-SS und der faschistischen Wehrmacht begann.

Kohl erklärte stolz in dem Magazin "Time", laut "Abendzeitung" vom 30.4.85 (München):

"Den Vorschlag habe ich gemacht."

Eine lang geplante, sechsteilige Fernsehserie "Die Deutschen und der zweite Weltkrieg, deren Filmmaterial hauptsächlich durch Interviews alter Faschisten aller Ränge unterlegt wurde, stimmte die Bundesbürger auf die Ereignisse um den 8. Mai 1985 ein. Die BILD-Zeitung kommentierte diese Serie unter dem Motto "Wie Deutschland unterging". ("Bild", 29.4.85, S.2)

Neben dieser Kampagne und auf die Tränensäcke der alten deutschen Landser drückende Stories über den "ersten Toten von Bitburg", der mit 18 Jahren als Mann der Waffen-SS sozusagen unschuldig verblutete, (seine letzten Worte - BILD war dabei - waren: "Grüß Mutter", ("Bild", 25.4.85), begann nun ein bezeichnendes Kapitel: Jegliche Kritik an der Aufnahme Bitburgs in das Besuchsprogramm wurde mit einem chauvinistischen Aufschrei beantwortet.

Das halboffizielle Regierungsorgan für "gebildete" kluge Köpfe, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schrieb drohend:

"Jene Amerikaner, die sich heute die Hirne vernebeln lassen, ... sie werden es noch bereuen." (FAZ, 29.4.85)



Amerikanische, französische und deutsche Juden demonstrierten vor dem Konzentrationslager Bergen-Belsen gegen die Ehrung in Bitburg.

Und an derselben Stelle wird gewarnt,

nicht "einen ihrer treuesten europäischen Verbündeten wie einen Vasallen zu behandeln." (FAZ, 29.04.1985)

Und die mehr an die Millionenmassen gerichtete ebenfalls als halboffizielles Regierungsorgan zu bewertende Bild-Zeitung kommentierte:

"Weder Reagan noch Kohl hatten erwartet, daß außer jüdischen Organisationen und Bürgern auch Senat und Repräsentantenhaus dagegen Sturm laufen würden." (Bild, 29.04.1985)

Mit den Juden habe man ja eh gerechnet, daß man mit denen fertig wird, daß man deren Geschrei ignorieren kann, das sei ja eh klar.

Aber mit dem Protest amerikanischer Senatoren sieht es etwas anders aus. Sie haben sich aus den unterschiedlichsten Motiven gegen den Bitburg-Besuch gewandt: teils aus politischer Rivalität zu Reagan, teils, um an bestimmte Wählerschichten heranzukommen,

teils - und das ist sicher der wichtigste Aspekt -, weil sie sich als imperialistische Oberherren verletzt fühlten.

Man stelle sich vor: Ein Kohl nutzt den amerikanischen Präsidenten aus (wobei Reagan natürlich dabei auch eigene Interessen hat), um den westdeutschen Imperialismus aufzuputzen. Ein Schlußstrich soll unter die unheilvolle deutsche Geschichte gezogen werden, und gleichzeitig wird dieser Abschluß benutzt, um diesen Teil der Geschichte zu "rehabilitieren", eben den Faden nicht durchzuschneiden: Von der Wehrmacht bis zur SS werden faschistische Organisationen aufpoliert. Und man muß zugeben: In dem imperialistischen Rivalitätsspiel "Wer-wen" haben diesmal die westdeutschen Imperialisten einen Pluspunkt gemacht - nach dem Motto "Wir sind wieder wer, und das zeigen wir auch aller Welt. Wir stehen wieder auf eigenen Beinen, sind ebenbürtige Rivalen und keine Vasallen mehr. Und das werden sich auch diese amerikanischen Senatoren merken." Es ist wohl klar, daß das amerikanischen Politikern mißfällt und ihren "Protest" herausfordert.

Kanzler Kohl gibt deutlich zu verstehen, daß der normale deutsche Bürger, der ihn gewählt hat, mit aller Strenge auf jüdische Kritiker reagieren würde. Wäre es da nicht besser, daß die Juden und alle anderen - wohl von ihnen beeinflussten Politiker - sich ganz, ganz ruhig und absolut still verhielten? Kohl sagte tatsächlich:

"Ein Verzicht auf die T o t e n e h r u n g" (sprich Ehrung von Angehörigen der Waffen-SS) "auf diesem Friedhof ... könnte womöglich sogar Antisemitismus wachrufen." (FAZ, 29.4.85)

Inzwischen wurde eine wichtige Änderung bei der Inszenierung

des gesamten Theaters um den Reagan-Besuch vorgenommen. Das KZ Bergen-Belsen (nicht Dachau) war auf den Besuchsplan gekommen, sozusagen um "die Juden zu beruhigen", wenigstens den Schimmer des Antifaschismus aufkommen zu lassen.

War der Besuch bei den Toten der Waffen-SS eigentlich sowohl seitens Reagans als Führer der US-Army als auch beim Kanzler der BRD - des Rechtsnachfolgers des SS-Staates - k o n s e q u e n t, sozusagen nach dem Motto "Gleich und gleich gesellt sich gern", so war der Besuch des KZ Bergen-Belsen eine unerhörte Provokation, eine unverfrorene Gleichsetzung der Gemordeten mit den Mördern.

"WEHE DENEN, DIE KZ's MISSBRAUCHEN ALS LEGITIMATIONS-KULISSE..."

hieß es auf einem Schild, mit dem ein ehemaliger jüdischer Häftling seine Verachtung und gleichzeitig seiner Hoffnung Ausdruck gab.

Sämtliche Proteste waren nur im gehörigen Abstand jener Orte gestattet, auf denen Kohl und Reagan ihre Provokationen durchzogen.

50 französischen Juden, denen es gelungen war, vor Bergen-Belsen aus Protest einen Sitzstreik zu organisieren, wurden rasch und energisch beseitigt. Und so gab es wieder deutsche Polizei, die Juden wegschleifte, Bilder, die im deutschen Fernsehen weitgehend zensiert waren und nur in den USA ausgestrahlt wurden!

Die Empörung unter der jüdischen Bevölkerung in der ganzen Welt war so groß, daß kein noch so, zu jeder Kumpanei bereiter hoher jüdischer Rabbiner, kein einziger jüdischer Rabbiner bereit war und es sich leisten konnte,

Herrn Kohls Provokation in Bergen-Belsen durch seine Anwesenheit verschleiern zu helfen.

Anwesend war lediglich - und keinesfalls zufällig, angesichts der Rolle des Staates und der Armee Israels heute als Brückenkopf des amerikanischen und auch des westdeutschen Imperialismus in Nahost - der israelische Botschafter in der BRD!

Die Antifaschisten in der ganzen Welt mußten erleben, daß 40 Jahre nach dem Ende des SS-Staates die Opfer der Konzentrationslager aller Länder verhöhnt und mißbraucht wurden, um die Rehabilitierung der Waffen-SS und der faschistischen Wehrmacht zu verschleiern.

#### REHABILITIERUNG DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT UND DER WAFFEN-SS

In der ganzen Verteidigung des Bitburg-Besuches wurden im Grunde altbekannte Argumente, insbesondere aus den 50er Jahren, massiv wieder hervorgeholt, um die faschistische Wehrmacht und die Waffen-SS zu "Opfern" zu erklären. Durch das Verweisen auf erfundene oder tatsächliche Ausnahmefälle wurde eine "Differenzierung" gefordert, die in Wirklichkeit zur Rehabilitierung und Verschleierung der eigentlichen und wesentlichen Rolle der faschistischen Wehrmacht als Hauptinstrument des SS-Staates und der Waffen-SS als Elite-Truppe des Hitlerfaschismus diene.

Obwohl unzweifelhaft feststeht, daß die SS, wie der Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nachgewiesen und beschlossen hat, als verbrecherische Organisation zu bewerten ist, obwohl in jedem Land, in das die

#### DIE DEUTSCHE WEHRMACHT WAR EINE FASCHISTISCHE ARMEE

Der sowjetische Ankläger bei den Nürnberger Prozessen ging auf die grausamen und barbarischen Befehle des Oberkommandos der Wehrmacht für die Kriegsführung im Osten ein. Hier ein Auszug aus dessen Rede, in der aus den entsprechenden Befehlen z.B. folgender zitiert wurde:

»... Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist...«

Während des Krieges befolgte das deutsche Oberkommando konsequent diese Linie, indem es den Terror gegen Kriegsgefangene und die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete verstärkte.

In der Weisung des OKW vom 16. 9. 1941 hieß es:

»Dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt, und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann.« (Dokument 389-PS.) ...

In der Weisung des OKW vom 16. 12. 1941 hieß es:

»... Die Truppe ist aber berechtigt und verpflichtet, ... ohne Einschränkung, auch gegen Frauen und Kinder, jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt...« (Dokument USSR-16.) ...

Die Anweisungen des OKW und Generalstabes, die offensichtliche Verstöße gegen Völkerrecht und Regeln der Kriegsführung enthielten, riefen durchaus keine Einsprüche seitens der höheren Generalstabsoffiziere und der einzelnen Heeresgruppenkommandos hervor. Im Gegenteil, sie wurden von ihnen unentwegt ausgeführt und durch neue Anweisungen, die noch grausamer waren, ergänzt. In diesem Zusammenhang ist eine an die Soldaten gerichtete Ansprache des Oberbefehlshabers einer Heeresgruppe, Feldmarschall von Reichenau, kennzeichnend:

»Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee...«

Ferner rief Reichenau zur Ausrottung der Juden auf, indem er schrieb:

»... Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschen-tum volles Verständnis haben...« (Dokument D-411, US-556.)

("Das Urteil von Nürnberg 1946", dtv, S.292-295)

Es wird auch hieran deutlich, daß von einer "sauberen" Wehrmacht nichts, aber auch nichts übrig bleibt als der plumpe Versuch, sie reinzuwaschen, um sie als Vorbild für den heutigen Soldaten hinstellen zu können.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß entgegen dem Protest der Sowjetunion die Generäle und das Oberkommando der Wehrmacht in Nürnberg nicht als verbrecherische Organisation abgeurteilt wurden. Die Vertreter der Westmächte stimmten dagegen.

Macht des Hitlerfaschismus gelangte, die Massaker der Waffen-SS nachgewiesen und bekannt sind, wird und wurde einfach mit der Gewohnheit argumentiert, die es in der Tat in der BRD gibt, nämlich die Gewohnheit, die Verbrecher der Waffen-SS als "anständige Menschen" zu behandeln.

Bei dieser "Argumentation" gemäß dem Motto "Wozu die ganze Aufregung" wurde die Rehabilitierung der Waffen-SS (und in einem Atemzug damit erst recht der faschistischen Wehrmacht) sozusagen dem Publikum noch einmal vorgeführt - richtig ausgewertet ein durchaus nützlicher Unterricht in deutscher Geschichte.

Wozu die ganze Aufregung, nicht nur Adenauer, sondern auch Kurt Schuhmacher von der SPD hat doch schon eindeutige Ehrenerklärungen für die Waffen-SS abgegeben - so und ähnlich tönte es durch Bonn, und die Pressesprecher der CDU/CSU ließen entsprechende Zitate Adenauers aus den 50er Jahren, z.B. vom 3.12.1952 (Frankfurter Rundschau, 27.4.1985), verbreiten.

Und der BILD-Leser erfährt zudem:

"Kohl hat die Waffen-SS immer als rein militärische Fronttruppe betrachtet...  
...., weil ich selbst solche Leute kenne."  
(Kohl in der Bildzeitung, 23.4.1985, 26.4.1985)

Und in der Tat, von Hans-Martin Schleyer, der als Stellvertreter Heydrichs führend in der Waffen-SS die Völker der Tschechoslowakei ausbeuten und bluten ließ (und nur knapp im Zusammenhang mit dem Attentat auf Heydrich den Freiheitskämpfern der Tschechoslowakei entwischte), über Hunderte von anderen Namen der Bonner höheren Gesellschaft von Industrie und Politik - vom Militär ganz zu

schweigen - Kohl kennt diese Männer, weiß, was sie getan haben, und hält sie eben für anständig!

BILD erklärte auch, daß der Unterschied zwischen Bitburg und anderen Soldatenfriedhöfen, etwa dem Bonner Ehrenfriedhof, wo ansonsten Staatsbesucher aus aller Welt ihre Kränze niederlegen, nur der ist, daß beim Bonner Friedhof nur nicht bekannt ist, daß dort ebenfalls 17 Tote der Waffen-SS liegen. (BILD, 25.4.1985).

Also wozu die Aufregung, die SS wird doch schon immer geehrt!

Der Hintergrund der in den 50er Jahren betriebenen planmäßigen Rehabilitierungskampagne für die Waffen-SS und die faschistische Wehrmacht war der geplante und dann durchgezogene Aufbau des neuen Heeres des westdeutschen Imperialismus, der Bundeswehr.

Im Oktober 1950 traf sich damals im Eifelkloster Himmerod Adenauer mit führenden Militärs Hitlers und verabschiedete folgende Richtlinie als Bedingung dafür, daß die "alten Kameraden" die Bundeswehr aufbauen:

"Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland."  
(Zitiert nach "Vorwärts" Nr. 18/1985, 27.4.1985, S.4)

Und so geschah es am 23.1. 1951: Entschuldigung für frühere Äußerungen und Ehrenerklärung durch den damaligen US-Präsidenten und NATO-Oberbefehlshaber Eisenhower, wenig später ähnliche Erklärungen durch Schuhmacher von der SPD und Adenauer von der CDU!

Und wenn in Bitburg der Bundeswehroberfeldwebel Karl-Heinz Müller "in die Stille hinein das Lied 'Ich hatt' einen Kameraden' trompetete", um seinen "Kameraden" von der Waffen-SS zu ehren, dann wird deutlich, wie eng die Rehabilitierung der faschistischen Machtinstrumente des deutschen Imperialismus zusammenhängt mit der "Einstimmung" der Bundeswehr auf "militärische Tradition" zur besseren Erfüllung ihrer zukünftigen Aufgaben im Interesse des westdeutschen Imperialismus!

**DIE BUNDESWEHR STEHT IN DER TRADITION DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT**

Kohl offenbart selbst die Tradition und Verbindung von Wehrmacht und Bundeswehr, wenn er sagt:

"Den Kritikern in der Bundesrepublik und Amerika, die den Planern des Besuchs Instinktilosigkeit vorwerfen, antwortete Kohl mit der Gegenfrage, was er den jungen Soldaten der Bundeswehr nach der be-

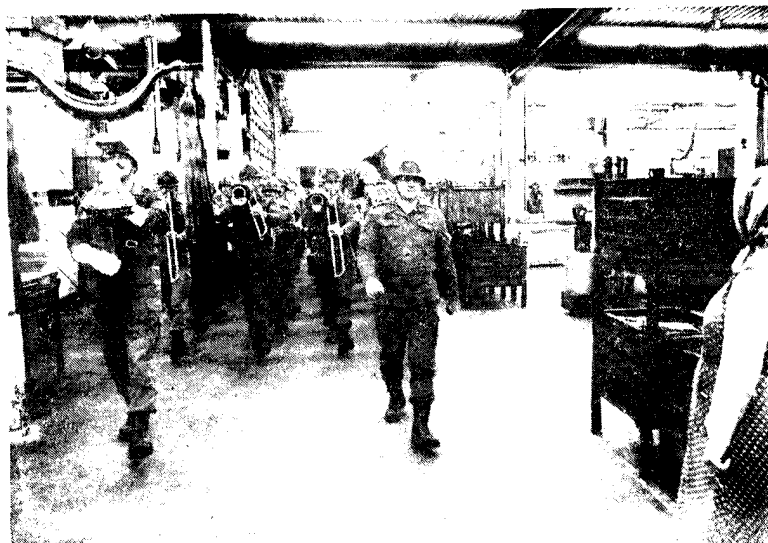
**Wer über die faschistische Wehrmacht spricht, darf über die Bundeswehr nicht schweigen !**



Bundeswehrsoldaten in der Türkei (Für hat n



ZWEI AUFGABEN DER BUNDESWEHR:



BÜRGERKRIEGSARMEE  
NACH INNEN - AGGRESSIONSARMEE NACH AUSSEN

schlossenen Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate antworten solle, wenn sie fragen, warum sie dieses persönliche Opfer bringen sollen, wenn man sich vierzig Jahre nach Kriegsende darüber streite, ob es richtig sei, das Andenken von achtzehnjährigen Kriegsgefallenen zu ehren."

(FAZ, 29.4.1985)

Alles klar? Und darum ist es nur folgerichtig, wenn in Bitburg Schulkindern dazu "erzogen" wurden, die Gräber der SS-Verbrecher mit Blumen zu schmücken, dies p o l i t i s c h begrüßt, beklatscht und gerechtfertigt wurde! Die "Opfer damals" waren eben nicht umsonst, erklärt Herr Kanzler Kohl, dies muß heute gerade bewußt gemacht werden, damit Bundeswehrsoldaten auch die von ihnen erwarteten Opfer - sei es beim Einsatz "im Innern" gegen revolutionäre Kräfte oder nach außen im imperialistischen Krieg - als "nicht umsonst" ansehen, sondern mit der Gewißheit für das deutsche Kapital fallen, daß später Schulkindern "ihr Opfer ehren" und Blumen auf die Gräber streuen!

#### KEINE ILLUSIONEN ÜBER DIE ROLLE DER SOZIALDEMOKRATIE

In der ganzen Debatte um Bitburg versuchte natürlich die SPD im vorgezogenen Wahlkampf sozusagen "Punkte" gegen Kohl zu machen, was relativ leicht war. So erweckte die SPD den Eindruck bei ihrer Anhängerschaft, sie sei "besser" als die CDU, hätte alles eben "anders" aufgezogen, kurz, sei eben nicht nur das kleinere Übel, sondern gar die echte Alternative!

Bei diesem sehr wesentlichen Manöver muß sich die Sozialdemokratie keinesfalls nur auf

die eigenen Kräfte stützen, nein, sie wird von wichtigen Teilen der G r ü n e n dabei massiv unterstützt, z.B., wie allgemein bekannt ist, durch die Theorie und Praxis der "Koalitionsangebote" oder "Duldungen" von SPD-Regierungen.

Auch die DKP plädiert offen mit ihrer Theorie vom "Rechtskartell" für das Bündnis mit der SPD, stärkt und unterstützt die Illusionen über die SPD..., etwa wenn in einer Rede anlässlich des 8. Mai der DKP-Vorsitzende H. Mies die Koalition von SPD, Grünen sowie der "Friedensliste" vorschlägt und behauptet, so sei es "möglich, der Rechtskoalition eine politische Niederlage beizubringen". (UZ Nr. 102, 29.5.1985, Beilage S.53)

Die Bonner Landschaft ist ja nun wirklich voll von alten Faschisten, die sich nahtlos in die neue Parteienlandschaft einfügten, vom Nazi-Richter Filbinger, über SA-Bundespräsident Carsten, frühere Figuren wie Kiesinger, Lübke usw.

Angesichts dessen beansprucht die SPD die Traditionen des Kampfes gegen Hitler für sich. Galionsfigur ist hier Brandt. Und g e r a d e er übernimmt im Chor mit der CDU/CSU die Rehabilitation der SS! In einem Gespräch mit Vertretern des "amerikanisch-jüdischen Komitees" in New York sagte der SPD-Vorsitzende,

"daß er Reagan dessen Bereitschaft, einen deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen, 'im Grunde hoch anrechnet' ... Auf die Frage, ob er denn, falls er eine Einladung zu der Zeremonie auf dem Friedhof Bitburg erhielte, dieser folgen würde, sagte Brandt: 'Für mich persönlich wäre das moralisch kein Pro-



blem.'" "

(Frankfurter Rundschau,  
25.04.1985)

Hier zeigt sich hinter der Maske des "antifaschistischen Brandt", daß es ihm eben in erster Linie als Spitzenpolitiker des westdeutschen Imperialismus genau wie allen anderen nur darum geht, "besser", "glatter" und "gekonnter" die Manöver zur Rehabilitation der faschistischen Wehrmacht durchzuführen.

Auch SPD-Bundesgeschäftsführer G l o t z stößt in seinem "Offenen Brief", Antwort an Dregger ins gleiche Horn, wenn er schreibt:

"Mein Einwand richtet sich n i c h t gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof. Es ist sicher richtig, daß man vierzig Jahre nach Kriegsende den Toten dieses Krieges Respekt bezeugen kann, ohne ihre Gesinnung im einzelnen zu untersuchen."

(Frankfurter Rundschau,  
24.04.1985)

"D e n Toten"? Also und eben gerade auch der Waffen-SS in Bitburg! Und als ob es allein um "Gesinnung" und nicht um reale Verbrechen ginge!

Auf dieser festgelegten Linie ist kein w e s e n t l i c h e r Unterschied zur CDU!

Den SPD-Fraktionsvorsitzenden V o g e l stören nur die mangelnde Rücksicht auf die "Gefühle des amerikanischen, jüdischen und auch deutschen Volkes" und die "Peinlichkeiten", keineswegs die Rehabilitation der faschistischen Wehrmacht. Der "Fehler" sei, daß die Unterscheidung zwischen Waffen-SS und SS-Terror nicht klargemacht werden könne:

"Niemals hätte der Eindruck entstehen dürfen, daß sich das Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten auch auf die SS erstreckte. Deutsche seien zwar in der Lage, zwischen verschiedenen Angehörigen der SS zu unterscheiden. Für die Opfer der SS, ihre Hinterbliebenen und die von den Nazis unterdrückten Völker bedeute das aber eine Überforderung."

(Frankfurter Rundschau,  
26.04.1985, "Bundestag will nicht auf Bitburg verzichten")

Hier reiht sich wirklich eine Demagogie an die andere!

Geht es wirklich um lediglich einen - laut Vogel eben offensichtlich nicht berechtigten - "Eindruck", daß der SS-Gräber in Bitburg gedacht wurde?

Und woraus resultiert die Vorstellung vom "schlauem Deutschen", der "unterscheiden" könne, während alle anderen Völker offensichtlich ihren Kopf nicht gebrauchen können? Solche chauvinistischen Unverschämtheiten im Gewande des "Verständnisses" für die Opfer des SS-Terrors kennzeichnen zwar andere Akzente als Sprecher der CDU, sind aber eben Ausdruck derselben Geisteshaltung und Grundeinstellung.

Dies manifestierte sich auch durch die Bundestagsabstimmung!

SPD stimmt zusammen mit CDU/CSU und FDP g e g e n den Antrag der "Grünen" (398 gegen 24 Stimmen), auf den Bitburg-Besuch zu verzichten.

Daß die SPD wirklich nur bei unwesentlichen Details mit der CDU kämpft, zeigte auch das abschließende L o b der SPD nach Bitburg:

"Die SPD hat am Montag den



★ plündern. Sie haben Europa in ein  
 ★ Völkergefängnis verwandelt. Und das  
 ★ nennen sie die 'Neuordnung Europas',  
 ★ alle diese neugebackenen Generalgou-  
 ★ verneure, Kommandanten und Unterkom-  
 ★ mandanten. Ihre Namen sind Zehntau-  
 ★ senden von gequälten Menschen be-  
 ★ kannt. Diese Henker sollen wissen,  
 ★ daß sie der Verantwortung für ihre  
 ★ Verbrechen nicht entgehen und der  
 ★ strafenden Hand der gequälten Völ-  
 ★ ker nicht entrinnen werden."

★ (Stalin, "Der 25. Jahrestag der Gro-  
 ★ ßen Sozialistischen Oktoberrevolu-  
 ★ tion", 1942, SW 14, S.292)

Zu solchen Kommandanten und Unterkomman-  
 danten gehörten diese "ehrenwerten" und  
 "menschlichen" Repräsentanten des west-  
 deutschen Imperialismus.

Jeder unter dem Kommando des ehemaligen  
 Leutnants der Infanterie und heutigen  
 Innenministers Zimmermann erschossene so-  
 wjetische Freiheitskämpfer, jeder unter  
 der Leitung des Unteroffiziers und heu-  
 tigen Oppositionsführers der SPD, H.J.  
 Vogel erschossene italienische Parti-  
 san ist Opfer eines Kriegsverbrechens  
 der faschistischen Wehrmacht.

Daß solche Figuren an der Spitze des  
 westdeutschen Staatsapparates stehen,

zeigt ganz deutlich die personelle Kon-  
 tinuität des deutschen Faschismus da-  
 mals zum westdeutschen Imperialismus  
 heute. Auch wenn diese personelle Konti-  
 nuität sicher nicht das einzige und  
 nicht das ausschlaggebende Beweismittel  
 ist, um nachzuweisen, daß der Faden der  
 deutschen Geschichte nicht durchge-  
 schnitten wurde, so ist sie doch ein an-  
 schauliches, zusätzliches Argument.

Auch wenn diese für jeden ehrlichen An-  
 tifaschisten unerhörte Provokation, daß  
 alte Wehrmachtsoffiziere den Ton in Bonn  
 angeben und dies auch noch massiv propa-  
 gandistisch in Erinnerung gerufen  
 wird, in einigen Jahren spätestens aus  
 "Altersgründen" ihr Ende haben wird, so  
 kann darüber heute trotzdem nicht ge-  
 schwiegen werden.

Bei der Enthüllung der personellen Kon-  
 tinuität großer Teile der Bonner Politi-  
 ker darf man nicht zu kurz greifen. Es  
 geht vielmehr darum, anhand dieser Kon-  
 tinuität die innere Logik einer imperia-  
 listischen Großmacht, ihrer Politik, ih-  
 rer Ideologie und ihrer Führer aufzuzei-  
 gen, um auch anhand dieser Sache den  
 S t u r z eines Systems zu fördern und  
 zu fordern, klarzumachen und anzuführen,  
 das den Faschismus in sich trägt wie die  
 Wolke den Regen. ■

#### WIE 1945 ZIMMERMANN EINEM SOWJETISCHEN SCHÜTZEN UND VOGEL ITALIENISCHEN PARTISANEN ENTKAMEN:



ZIMMERMANN, Leutnant der Infanterie, erzählt: "Plötzlich  
 sackte mein Funker neben mir zusammen. Kopfschuß. Der  
 sowjetische Schütze hätte genauso auf mich zielen kön-  
 nen." Als ehemaliger Leutnant mußte Zimmermann zur "Stra-  
 fe" drei Monate Trümmer wegräumen. "Das habe ich kalt  
 weggesteckt." (BILD, 6.8.85)

Soll man sich wirklich darüber freuen, daß eine Figur  
 wie Zimmermann von einem sowjetischen Genossen nur knapp  
 verfehlt wurde???



VOGEL, der sich 1943 freiwillig gemeldet hatte und als  
 Unteroffizier eines Jäger-Bataillons in Norditalien Par-  
 tisanen jagte, berichtet BILD: "... wurden wir plötzlich  
 von bewaffneten Zivilisten umringt. Aus! dachte ich. Wir  
 hoben die Hände. Uns trennten nur noch Sekunden vom Tod.  
 Da trat mit wehender Soutane ein katholischer Priester  
 dazwischen, sprach auf die Zivilisten ein." (BILD, 2.5.85)

Soll man sich wirklich darüber freuen, daß die italieni-  
 schen Partisanen den Unteroffizier aufgrund - wie er wei-  
 ter erzählt - des Eingreifens eines redegewandten Pfaffen  
 nicht erschossen haben???

DIE VERANTWORTUNG DES DEUTSCHEN VOLKES FÜR DIE GREUELSTATEN  
DES HITLERFASCHISMUS NIEMALS VERGESSEN

# Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse

Die Propaganda des westdeutschen Imperialismus vom "Spiegel" bis zur "Bild-Zeitung" tritt im Hinblick auf die Frage der Schuld oder Mitschuld des ganzen deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus ganz besonders zwei "Argumente" breit, um "trocken aus dem Wasser" zu kommen:

- "Das ganze deutsche Volk" könne doch nicht für den Hitlerfaschismus verantwortlich gemacht werden, dies sei doch die These von der "Kollektivschuld" und abzulehnen. Vielmehr sei nur eine kleine - längst abgeurteilte - Gruppe um Hitler schuldig gewesen.

So wird in der "Frankfurter Rundschau" der Bundespräsident Weizsäcker zitiert, der sagte:

"Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."

("Frankfurter Rundschau", 9.5.1985, S.4)

- Heute, 40 Jahre später (oder spätestens dann in 10 - 15 Jahren) sei die Angelegenheit sozusagen "biologisch" erledigt, da die Jugend und alle, die damals noch nicht gelebt hatten, sowieso nichts damit zu tun haben.

Beide Themenkomplexe sind komplizierter, als es vielleicht auf den ersten Blick scheint, will man sich nicht nur mit der sicher nötigen Aufdeckung

der Motive dieser Propagandisten des westdeutschen Imperialismus befassen, die mit ihren Ausführungen alten und neuen Faschisten und Imperialisten Deckung geben wollen.

Eine genauere und prinzipiellere Analyse ist, u.a. auch gerade deswegen nötig, weil diese Thesen und "Argumentationen" ihren Niederschlag auch in breiten Kreisen sich antifaschistisch verstehender Menschen finden. Ja selbst sich als "marxistisch" verstehende und sich auf eine faule "Massenlinie" berufende Kräfte treten dieser und ähnlicher Demagogie des westdeutschen Imperialismus nicht wirklich entgegen. Hierbei handelt es sich aber um **K e r n - f r a g e n**, die für die Politik der westdeutschen Marxisten-Leninisten glasklar sein müssen, will man die Millionenmassen für den Sieg im Bürgerkrieg über den westdeutschen Imperialismus gewinnen.

## 1. WAR DAS GANZE DEUTSCHE VOLK AM HITLERFASCHISMUS SCHULD - ODER NICHT?

Diese Frage birgt in sich eine **P r o v o k a t i o n**, ist von vornherein darauf angelegt, daß mit nein geantwortet wird, um **d a n n** raschen Schrittes eine Fülle wesentlicher Punkte zu überspringen. Es gibt eben sehr, sehr gegensätzliche "Neins" auf diese provokatorische Frage. Es steht als erstes die Gegenfrage an: War das ganze

deutsche Volk u n s c h u l -  
d i g ? Ganz gewiß nicht!

**\*\* Vom marxistisch-leninisti-  
\*\* schen Standpunkt aus ist  
eine erste strenge Unterschei-  
dung (die aber nicht die einzi-  
ge ist !) zwischen den breiten  
werktätigen Massen und den  
herrschenden Klassen sehr we-  
sentlich, aber dennoch nicht  
ausreichend.**

Zwar steht an erster Stelle die  
klare Feststellung, daß die  
Hauptschuldigen am faschisti-  
schen Massenterror und imperia-  
listischen Raubkrieg der  
d e u t s c h e I m p e r i a -  
l i s m u s, die Monopolbour-  
geoisie sind. Und die Hauptreprä-  
sentanten der Politik des Hitler-  
faschismus, die Göring, Göbbels,  
die Keitel, Himmler und Hey-  
drichs, die Spitze der NSDAP,  
Gestapo, des Sicherheitsdienstes,  
der SS und der SA waren in vie-  
lerlei Hinsicht materiell mit  
dem deutschen Imperialismus ver-  
woben, Teil der herrschenden  
Klasse. Ihre Liquidierung auf  
der Basis der Liquidierung des  
deutschen Imperialismus über-  
haupt war für die Völker der  
Welt das Gebot der Stunde, denn  
es war die herrschende Klasse

überhaupt, die deutsche Mono-  
polbourgeoisie, die als ganzes  
schuldig war und heute noch ist.

**\*\* An zweiter Stelle aber muß  
\*\* ein klares Wort gesagt wer-  
den über die Zehntausend, ja  
Hunderttausend von "im zweiten  
Glieder" arbeitenden Folterern  
und Henkern, die für die Ge-  
stapo, den Sicherheitsdienst,  
die Waffen-SS, als Offiziere  
der Wehrmacht, als Nazi-Staats-  
anwälte und Nazi-Richter ihr  
blutiges Handwerk ausübten.  
Und die nicht selten eben  
jene "einfachen Soldaten" waren,  
die sich später bescheinigen  
lassen wollten, daß sie  
k e i n e Mörder und Folterer  
gewesen seien, weil sie ja  
aus der Masse der Werktätigen  
stammen, "nur ihre Pflicht ge-  
tan" und Befehlen gehorcht  
haben, die in Wirklichkeit aber  
direkt Massaker ausführten,  
die selbst die internationale  
Bourgeoisie als Kriegsverbre-  
cher definiert hat: So beteilig-  
ten sich diese "einfachen  
Soldaten" am Raub von Goldzäh-  
nen, an Vergewaltigungen und  
sadistischen Verbrechen, die  
menschliche Vorstellungskraft  
oft nicht fassen kann, er-  
schossen sie Frauen und Kinder,  
verbrannten, verga-  
sten, ertränkten...**

Auch hier haben wir es  
unabhängig von der so-  
zialen Herkunft mit  
einer riesigen Zahl  
von übelsten Verbre-  
chern zu tun. Für sie  
gilt, was Stalin auf  
die Frage:

"Wie weit sollten  
nach Ansicht des  
Kreml die verbünde-  
ten Mächte bei der  
Fahndung nach zweit-  
rangigen Kriegsver-  
brechern in Deutsch-  
land und deren ge-  
richtlicher Belangung  
gehen?"

antwortete:

Das von der deutschen faschistischen Armee  
zerstörte Warschau, 1944



- ★ "Je weiter man gehen wird,  
★ desto besser." (Stalin,  
★ "Antworten auf die am 23.10.  
★ 1946 vom Präsidenten der  
★ amerikanischen Nachrichten-  
★ agentur United Press, Hugh  
★ Baillie, gestellten Fragen"  
★ 1946, SW 15, S.92)

Hitlerfaschismus eingestellt war, den imperialistischen Raubkrieg innerlich verurteilte, aber aus Angst, Charakterlosigkeit und Egoismus n i c h t aktiv zum Widerstand und zum Kampf bereit war, sondern "mitmachte". Also lieber bereit war, das Risiko auf sich zu nehmen, durch die Kugeln der Freiheitskämpfer zu sterben und sich an den Verbrechen des deutschen Imperialismus zu beteiligen, als das Risiko einzugehen, selbst als Freiheitskämpfer von der Gestapo oder der SS erschossen zu werden.

Dieser Teil der Bevölkerung sah tatenlos zu, als 1933 die erste Terrorwelle gegen die Arbeiterbewegung, voran die Kommunisten und dann die Sozialdemokraten rollte, als dann 1938 das Judenpogrom einen Höhepunkt erreichte, und wenig später die Panzer und Flugzeuge, die Infanterie und Marine mit dem Hakenkreuz die anderen Völker überfielen. Es ist offensichtlich, daß T a t e n zählen, und nicht verborgen gehaltene Einstellungen ohne jede Konsequenz. Die Mitschuld dieser Bevölkerungsschicht m u ß nicht nur ebenso wie die der breiten Schicht der Mitläufer - anerkannt werden, weil dies die geschichtliche Wahrheit erfordert, sondern auch, um für die Gegenwart und Zukunft klarzumachen, daß jeder, der sich gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker nicht wehrt, sich mitschuldig macht!

Angesichts dieser Gesamtlage zählt umso mehr der organisierte Widerstand (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener M i n d e r h e i t im deutschen Volk, die a k t i v gegen den Hitlerfaschismus gekämpft hat, von der Hilfe einzelner für verfolgte Antifaschisten oder gehetzte Juden etc. bis hin zur bewaffneten Befreiung von Buchenwald

im Frühjahr 1945 durch die Häftlinge selbst.



Fassen wir zusammen und erinnern wir uns daran, was die Geschichte der Arbeiterbewegung über die Grundhaltung lehrt, die ein Kommunist gegenüber den Massen einnehmen muß, wenn diese sich von Imperialisten und Reaktionären mißbrauchen lassen. Die Antwort der Marxisten ist eindeutig, und der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels schrieb:

- ★ "Mit Hülfe deutscher Soldates-
- ★ ka Polen beraubt, zerstückelt,
- ★ Krakau gemeuchelt. Mit Hülfe
- ★ deutschen Geldes und Blutes
- ★ die Lombardei und Venedig ge-
- ★ knechtet und ausgesogen, mit-
- ★ tel- oder unmittelbar in ganz
- ★ Italien jede Freiheitsbewe-
- ★ gung durch Bajonett, Galgen,
- ★ Kerker und Galeeren erstickt.
- ★ Das Sündenregister ist viel
- ★ länger; schlagen wir es zu.
- ★
- ★ Die S c h u l d der mit
- ★ Deutschlands Hülfe in anderen
- ★ Ländern verübten Niederträch-
- ★ tigkeiten fällt nicht allein
- ★ den Regierungen, sondern zu
- ★ einem großen Teil dem deut-
- ★ schen Volke selbst zur Last.
- ★ Ohne seine Verblendungen,
- ★ seinen Sklavensinn, seine An-
- ★ stelligkeit als Landsknechte
- ★ und als 'gemütliche' Büttel
- ★ und Werkzeuge der Herren 'von
- ★ Gottes Gnaden' wäre der deut-
- ★ sche Name weniger gehaßt,
- ★ verflucht, verachtet im Aus-
- ★ lande..."
- ★ (Friedrich Engels, "Auswärti-
- ★ ge deutsche Politik", "Neue
- ★ Rheinische Zeitung" Nr.33
- ★ vom 3.Juli 1848, MEW 5,
- ★ S.155)

Das ist eine klare und prinzipielle Antwort.

Hier spricht Engels davon, daß die Schuld zu "einem großen



Teil dem deutschen Volk selbst zur Last" fällt!

Die KPD hat 1945 am 11. Juni in ihrem programmatischen Aufruf eben daran angeknüpft. Sie hat ohne Zweifel als die Hauptschuldigen die Monopole und faschistischen Banditen benannt, gleichzeitig aber in diesem Aufruf korrekt hervorgehoben,

"daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt."

("Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1967, S.193)



Die Kinder von Auschwitz bei der Befreiung vor 40 Jahren

Das Potsdamer Abkommen, das deutlich die Handschrift S t a l i n s trägt und die Ideale der Völker der antifaschistischen Koalition, für die Millionen ihr Blut gegeben haben, verkörpert, stellt ebenfalls unmißverständlich die

V e r a n w o r t u n g des deutschen V o l k e s dar und legt entsprechende Konsequenzen fest:

### "III. Über Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer E r f o l g e offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden...

### A. Politische Grundsätze...3..

#### II. Das deutsche Volk ist zu

überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigene mitleidslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben...

#### IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichstem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wo-

für das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht: ..."

("Potsdamer Abkommen", in: "Dokumente Marxistisch-Leninistischer Parteien und sozia-



listischer Staaten zur Deutschland und Westberlinfrage", WBK Nr.2, S.5,6 und S.8)

Diese Passagen aus dem Potsdamer Abkommen charakterisieren das W e s e n t l i c h e, betreffen die Mehrheit des deutschen Volkes und zeigen die hierdurch gegebene b e s o n d e r e Notwendigkeit von Reparationen und Sanktionen gegen Deutschland.

Schon Engels äußerte sich zur Frage der Wiedergutmachung, die sich für das deutsche Volk ja nicht erst seit dem barbarischen Vernichtungsfeldzug im 2. Weltkrieg stellte:

- \* "Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft, die nahe Zukunft des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen."
- \* (Friedrich Engels, "Der Sozialismus in Deutschland", 1892, MEW 22, S.253)

Diese klare programmatische Stellungnahme von F.Engels gilt generell und überhaupt, sie gilt nicht nur für die Verbrechen des Hitlerfaschismus, sondern für die ganze ungebrochene Kette von Verbrechen des deutschen, heute westdeutschen Imperialismus in allen Teilen der Welt.

Das sozialistische Westdeutschland wird all den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern maximale Wiedergutmachung und darüber hinaus maximale Hilfe überhaupt zukommen lassen gemäß den Bedingungen und Forderungen der Völker dieser Länder.

## 2. DIE WIDERSTANDSKÄMPFER GEGEN DEN HITLERFASCHISMUS MACHEN DIE GANZE TRAGWEITE DER MITSCHULD DER MEHRHEIT DES DEUTSCHEN VOLKES AN DEN VERBRECHEN DES HITLERFASCHISMUS DEUTLICH

Der aktive Widerstand muß selbstverständlich mit ganz anderen Maßstäben in bezug auf die Debatte über Mitschuld und Mitverantwortung gemessen werden als die oben benannten Schichten der Bevölkerung. Er muß ausdrücklich ausgenommen werden, wenn es um die M i t s c h u l d der Mehrheit des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus geht.

An dieser Stelle haken die Propagandisten des westdeutschen Imperialismus demagogisch und sophistisch ein: "Also doch keine Kollektivschuld, also ist das deutsche Volk d o c h nichtschuldig!"

Und jede Menge dummer und herzloser Menschen plappert in ihrer angeblichen "Massenverbundenheit" dies nach !

Hier m ü s s e n die Marxisten-Leninisten im ideologischen Kampf klarstellen, daß gerade der antifaschistische Widerstand zeigte, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich an den Verbrechen des Hitlerfaschismus mitschuldig machte. Die bewußte antifaschistische Minderheit war viel zu schwach, um aus eigener Kraft den Hitlerfaschismus zu stürzen. Gerade die T r a d i t i o n und die bewußten Kräfte des antifaschistischen Widerstandes verpflichten uns, diese Mitschuld in ihrer ganzen geschichtlichen Bedeutung und mit ihren Schlußfolgerungen für heute zu verstehen und aktiv die gerechten Forderungen nach Reparationen der anderen Völker zu unterstützen und nach Möglichkeit vor oder nach der sozialisti-

schen Revolution zu verwirklichen.

Hier mag der Einwand kommen: Und was wäre gewesen, wenn doch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Hitler gestürzt hätte? Auch und gerade dann wäre selbstverständlich eine rasche und effektive Leistung der Reparationen erfolgt im Geiste von Marx und Engels, die schon im Hinblick auf die Verbrechen des preußischen Militärdespotismus von der siegreichen Revolution die Begleichung aller offenen Rechnungen gefordert hatten.

★ ★

Auf qualitativ *a n d e r e r* Ebene muß auch noch die Frage behandelt werden, welche - wenn man so will - Mitverantwortung aufgrund vermeidbarer Fehler, gerade auch die antifaschistische Minderheit, die aktiv gegen den Hitlerfaschismus kämpfte, an den Verbrechen der Hitlerfaschisten und deren Unterstützung oder stillschweigenden Duldung durch die Mehrheit des deutschen Volkes hatte.

Hierbei muß an erster Stelle auf die Verantwortung der Avantgarde des deutschen Proletariats, der KPD, als Führerin der ausgebeuteten und unterdrückten Massen eingegangen werden.

- o Der Widerstand der Kommunisten kostete die meisten
- o Opfer und war der stärkste
- o Widerstand gegen den Hitlerfaschismus überhaupt.

Die Schwäche des antifaschistischen Widerstandes hatte *n i c h t* nur objektive Gründe. Gerade die Kommunistische Partei hat im Zusammenhang mit dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 ihre Verantwortung ernst genommen und gegen alle fatalistischen Thesen nach dem Motto: Es mußte ja so kommen, wie es gekommen ist! die Verantwortung für eine Reihe von folgeschweren taktischen Fehlern auf sich genommen und

einen, im wahrsten Sinne des Wortes, wirklich heroischen Kampf dafür geführt, diese Fehler in der Praxis maximal zu korrigieren.

Von ganz anderer Art als die Fehler der Kommunisten waren die Fehler derjenigen vor allem aus den Reihen der Sozialdemokratie, die zwar aktiv antifaschistisch handelten (anfangs sehr wenig, im Verlauf der 12 Jahre faschistischer Diktatur mehr), aber infolge von tief-sitzendem, notorischem Antikommunismus die handlungsfähige *E i n h e i t* des antifaschistischen Widerstandes weitgehend unmöglich gemacht hatten, im Grunde diese Einheit sabotierten und durch eine Linie des "Abwartens" und der These, daß Hitler sich von alleine "abwirtschaften" würde, wesentlich für die Schwäche des antifaschistischen Widerstandes verantwortlich waren.

Dabei ist es sehr wichtig, die sozialdemokratische Bewegung nicht als einheitliches Ganzes zu betrachten.

Ganz streng muß man eine Trennungslinie ziehen zwischen dem Widerstand aus den Reihen der Sozialdemokratie und der Rolle der allermeisten Führer der Sozialdemokratie. Deren Rolle als Wegbereiter der Faschisten darf keinesfalls verniedlicht werden. Dies muß umso mehr unterstrichen werden, als revisionistische sozialdemokratische Geschichtsfälscher nach dem Motto: Die SPD hat Fehler gemacht, die KPD hat Fehler gemacht! den großen historischen Unterschied verwischen zwischen taktischen Fehlern der KPD und prinzipiellen und grundsätzlichen Fehlern und der proimperialistischen Politik der SPD als Basis der Spaltung der notwendigen antifaschistischen Einheit.

★ ★

Die oben dargelegte s c h e -  
m a t i s c h e Darstellung  
kann selbstverständlich nur  
als grobe R i c h t l i n i e  
für den ideologischen Kampf  
um diese Frage dienen, da  
zwischen diesen Teilen der  
Bevölkerung, die wir unter-  
teilt haben, oft im Einzelnen  
fließende Übergänge festzu-  
stellen sind, die eine ein-  
deutige Zuordnung erschweren,  
Es gab gerade im Laufe der  
Entwicklung eindeutige Wech-  
sel von einem Lager zu einem  
anderen, was natürlich be-  
achtet und im Einzelfall be-  
wertet werden muß. Trotz  
dieser notwendigen Hinzufü-  
gung glauben wir, daß nur  
auf der Basis der oben darge-  
legten Unterscheidungen und  
Überlegungen die Demagogie  
über Mitschuld und das "un-  
schuldige deutsche Volk",  
über "Kollektivschuld" und  
ähnliche Fragen geklärt  
werden können.

### 3. WELCHE VERANTWORTUNG TRAGEN DIE WERKTÄTIGEN MASSEN HEUTE ? ZUM BIOLOGISCHEN ARGUMENT, DIE "NEUE GENERATION" HABE NICHTS MEHR MIT DEM HITLER- FASCHISMUS ZU TUN

Kohl brüstet sich damit, daß er  
1945 noch ein "Bub" war, und  
Reagan behauptet gar, daß heute  
sozusagen kaum noch jemand lebe,  
der damals den Krieg bewußt  
miterlebt habe. Weizsäcker faselt  
in seiner Rede etwas von den  
magischen "40 Jahren", in denen  
eben eine Generation sich ein-  
mal "umgeschlagen" habe.

Obwohl dieser Zeitpunkt noch  
n i c h t eingetreten ist,  
ist doch die Ungeduld zu spüren,  
ein angeblich "todsicheres"  
Argument als Waffe in den  
Kampf zu werfen, um all jenen  
Antifaschisten eine Abfuhr zu  
erteilen, die die K o n t i -  
n u i t ä t der BRD mit dem  
Staat der Hitlerfaschisten

"DIE GESCHICHTE STELLT VOR DIE ARBEITERKLASSE DER KAPITALISTISCHEN  
LÄNDER JETZT AUFGABEN VON GRÖSSTER WICHTIGKEIT. IHR STEHT BEVOR,  
MILLIONEN VON MENSCHEN AUS DER HÖLLE DES KRIEGES HINAUSZUFÜHREN,  
IHRE LÄNDER UND VÖLKER VOR DEM RUIN, DER VERWÜSTUNG UND DEM UNTER-  
GANG ZU RETTEN... DIE HISTORISCHE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN AVANT-  
GARDE DER ARBEITERKLASSE BESTEHT IM GEGENWÄRTIGEN MOMENT DARIN,  
DIESEN KAMPF ZU ORGANISIEREN UND AN SEINER SPITZE ZU STEHEN."

(Georgi Dimitroff, November 1939)



Am 18. August 1944 wurde Genosse Ernst Thälmann  
im Konzentrationslager Buchenwald von den Faschisten ermordet

Der faschistische Terror im Innern Deutsch-  
lands läßt sich daran ablesen, daß etwa  
200 000 deutsche Antifaschisten in den Kon-  
zentrationen und Zuchthäusern offi-  
ziell hingerichtet oder einfach ermordet  
wurden.

Die unter Einsatz ihres Lebens kämpfenden  
Antifaschisten in Deutschland konnten trotz  
solcher massiver Unterdrückung n i c h t  
völlig ausgeschaltet werden.

An der Spitze des antifaschistischen Wider-  
standes standen die Kommunisten. Allein in  
den Jahren 1936 und 1937 wurden 20 000 Kom-  
munisten wegen antifaschistischer Tätig-  
keit verhaftet. Zehntausende wurden von  
den Faschisten gefoltert und ermordet.

Diese kommunistischen Kämpfer und Kämpfe-  
rinnen gaben ihr Leben im Kampf gegen den  
Faschismus, für Sozialismus und Kommunismus.

unter anderem auch mit der ungeheueren personellen Kontinuität belegt und bewiesen haben.

Haben also all jene heute in Westdeutschland, die zur Zeit des Hitlerfaschismus noch nicht gelebt haben, n i c h t s mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus zu tun??? Sind es nur die eingefleischten angeblichen "Vorurteile" des natürlich wieder mal ungerechten "Ausländers", der auch dieser Generation gegenüber vorsichtig ist, wodurch - angeblich in ungerechter Weise - diese Generation noch mit dem Hitlerfaschismus in Verbindung gebracht wird!

Wir müssen auf diese Frage mit einem entschiedenen N e i n antworten und hier in die Offensive gehen.

o Denn die Grundlage des Hitlerfaschismus besteht ungebrochen weiter, der westdeutsche Imperialismus ist der Fortsetzer des deutschen Imperialismus, der Faden der deutschen Geschichte wurde noch nicht durchschnitten, o die Bevölkerung in Westdeutschland lebt mit diesen Verhältnissen, die nicht nur o die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen o h i e r, sondern nach wie vor o die Ausbeutung und Unterdrückung a n d e r e r Völker o beinhalten, die Ermordung o von Freiheitskämpfern in der o ganzen Welt mit Hilfe deutscher Waffen, von deutschen o Arbeitern produziert und versandt.

o Diese ungebrochene Tradition o gilt es als W e s e n der o Frage herauszustellen ohne o unterschiedliche Erscheinungsformen abstreiten zu wollen.

Und solange der westdeutsche Imperialismus nicht zerschlagen wurde, hat jede unter seiner Herrschaft heranwachsende Gene-

ration auch die Tradition des Hitlerfaschismus n i c h t zerbrochen, sondern lebt mit der Tatsache des Weiterexistierens und Wirkens seiner Grundlagen, und sie muß konfrontiert werden mit ihrer eigenen Mitverantwortung und Mitschuld an den Verbrechen des westdeutschen Imperialismus, die h e u t e von der Mehrheit der werktätigen Massen in Westdeutschland n i c h t bekämpft werden.

Ja, hätte die heutige Generation den westdeutschen Imperialismus und damit auch die Tradition des Hitlerfaschismus zerschlagen, die Diktatur des Proletariat errichtet und nicht nur durch Worte, sondern gerade durch Taten bewiesen, daß sie wirklich revolutioniert ist, ideologisch, politisch und ökonomisch mit der verfluchten "deutschen Tradition" der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker gebrochen hat, d a n n aber eben nur dann wäre Schritt für Schritt sicherlich sichtbar und spürbar, daß der "deutsche Name" nicht mehr überall verhaßt und verflucht ist, sondern daß die Tradition von Marx und Engels dominiert.

Wir sollten die Worte von Karl Marx als Anleitung zum Handeln, als großen Ansporn verstehen:

\* "Die Deutschen werden nirgends anerkannt, finden nirgends Sympathie. Selbst wo sie als großherzige Freiheitsapostel auftreten, stößt man sie mit bitterem Hohn zurück. Und man hat recht. Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle andern Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst b e w e i s e n, daß sie wirklich revolutioniert ist." (Karl Marx, "Der Prager Aufstand", "Neue Rheinische Zeitung", Nr.18 vom 18. Juni 1848, MEW 5, S.81)

Die Erfahrung des Hitlerfaschismus, die Haltung der Mehrheit des deutschen Volkes damals muß für die heutige Generation der werktätigen Massen gerade Ansporn und Verpflichtung sein, sich a n d e r s zu verhalten, sich frühzeitig und energisch gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu erheben und dagegen zu kämpfen, damit sich nicht das Ausmaß der Verbrechen der Hitlerfaschisten wiederholen kann!

Und es muß klar sein, daß dies nicht einfach die Frage eines abgehobenen bloßen "moralischen Appelles" ist, sondern daß all jene, die darüber wissen, ver-

pflichtet sind, hart zu arbeiten und zu kämpfen, um in die vom ganzen kapitalistischen System niedergedrückten und passiv gehaltenen, systematisch auch moralisch an die Imperialisten geketteten werktätigen Massen durch die Arbeit der Kommunisten Klassenbewußtsein hineinzutragen. Nur im ideologischen Krieg gegen die "deutsche Ideologie" werden die Massen jenes notwendige Klassenbewußtsein erhalten, was allein jenen Grad an Organisiertheit garantieren kann, der für die wirkliche Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus historisch notwendig ist!■

"DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITER KÖNNEN SICH IMMER ANSCHAULICHER DAVON ÜBERZEUGEN, DASS DAS FASCHISTISCHE DEUTSCHLAND MIT ALLEN SEINEN SCHRECKEN UND SEINER BARBAREI LETZTEN ENDES EINE FOLGE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN POLITIK DER ARBEITSGEMEINSCHAFT MIT DER BOURGEOISIE IST."  
(Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern)

Die SPD betrieb eine Politik der Spaltung der Arbeiterbewegung durch Ablehnung aller Einheitsfrontangebote seitens der KPD 1932, eine Politik des Nachgebens gegenüber der Reaktion und ebnete so dem Faschismus den Weg zur Macht. Die SPD hat nicht nur feige vor dem Hitlerfaschismus kapituliert, indem sie die Angebote der KPD vom 31. Januar und 1. und 14. März und vom 5. Mai 1933 ablehnte, gemeinsam zum Generalstreik gegen die Hitlerdiktatur aufzurufen. Sie hat sogar den Hitlerfaschisten nach deren Machtergreifung direkt bei der Festigung ihrer Macht gegen den Widerstand der Antifaschisten und Kommunisten geholfen und mit ihnen zusammengearbeitet.

So z.B. hat der sozialdemokratische Polizeipräsident von Hamburg, Adolph Schönfelder, in der antikommunistischen und antifaschistischen Verfolgungskampagne der Nazis nach dem von ihnen

selbst angezündeten Reichstag 75 Kommunisten verhaften lassen, und er bedauerte noch, daß ihm führende Kommunisten wie Edgar André entkommen konnten (nach: "Antifaschistischer Widerstand und Arbeiterbewegung in Hamburg 1932-48", S.15)

Dies war kein Ausnahmefall. Als am 23. März der Reichstag eröffnet wurde, erklärten sich die sozialdemokratischen Führer bereit, mit der Hitlerregierung zusammenzuarbeiten. Und selbst noch zum 1. Mai 1933 (als die KPD bereits verboten, ihr Führer Ernst Thälmann eingekerkert, ihre Mitglieder verfolgt waren und die neugewählten KPD-Reichstagsabgeordneten den faschistischen Henkern nur durch den Übergang in die Illegalität entgehen konnten, als tausende Antifaschisten, Revolutionäre und Kommunisten bereits in KZ's eingesperrt waren) rief der ADGB, die von

den Sozialdemokraten geleitete Gewerkschaft, die Arbeiterklasse auf, gemeinsam mit den Nazis aufzumarschieren. Im Aufruf des ADGB heißt es, im Stil der Nazi-Propaganda:

"Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung (die Hitlerregierung, AdV) diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volk s f e i e r t a g erklärt hat. An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden."

(zitiert nach: "Gewerkschaften nach 1945 - Kontinuität oder Neubeginn?", Quelle: "Gewerkschaftszeitung" Nr. 16

vom 22.4.1933, S.241, Hervorhebungen im Original)

Das half den sozialdemokratischen Führern allerdings wenig: Am 2. Mai 1933 verboten die Faschisten die Gewerkschaften und zerschlugen alle Arbeiterorganisationen. Am 23. Juni wurde schließlich auch die SPD verboten und tausende Sozialdemokraten landeten später in den Folterkellern und KZs der Faschisten.

Auch 1935 und danach lehnte die Leitung der SPD alle Vorschläge der KPD für gemeinsame Aktionen gegen den Hitlerfaschismus ab. Erst in den KZ's entstanden nach 1939 nach dem Aufruf der Berner Parteikonferenz der KPD die ersten vereinigten Zellen von Kommunisten und Sozialdemokraten. ■

## ÜBER DIE VERANTWORTUNG DER SPD FÜR DEN MACHTANTRITT DES FASCHISMUS

Bedeutungsschwer steht die Frage, ob die werktätigen Massen Deutschlands diese Katastrophe hätten abwenden können. Es besteht kein Zweifel, daß sie dazu in der Lage gewesen wären. Aber dazu mußte die Arbeiterklasse die Einheitsfront herstellen, mußte sie die konterrevolutionäre Front der sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie sprengen, durfte sie sich nicht durch die sozialdemokratische Theorie betören lassen, daß während der Krise der Klassenkampf unmöglich sei und man sie passiv überdauern müsse, daß es nutzlos sei, gegen den Faschismus aufzutreten. Dazu mußte die Arbeiterklasse zum Gegenangriff gegen das Kapital übergehen und von ihm Hilfe für die Notleidenden erzwingen. Dazu durfte die Arbeiterklasse die Zerschlagung und Entwaffnung des Roten Frontkämpferbundes nicht zulassen, sondern mußte seine Vereinigung mit dem Reichsbanner durchsetzen und unter Aenderung der Politik des Reichsbanners eine kraftvolle revolutionäre Kampforganisation des Proletariats schaffen. Die Arbeiterklasse durfte nicht ruhig zusehen, wie sich die Faschisten unter der Führung Hitlers bewaffneten, sondern mußte die Regierung der Weimarer Republik zwingen, die faschistischen Banden zu entwaffnen, das Vermögen ihrer Organisationen zu beschlagnahmen und ihre Führer ins Gefängnis zu werfen. Die Arbeiterklasse durfte es nicht den Faschisten erlauben, ihre Demagogie gegen das Versailler Joch zu entfalten, sondern mußte die Regierung der Weimarer Republik zwingen, den Versailler Vertrag zu zerreißen.

Aber die deutsche Arbeiterklasse hat dies nicht getan. Sie ist in ihrer Mehrheit noch blindlings der Sozialdemokratie gefolgt und hat den warnenden Stimmen der Kommunisten kein Gehör geschenkt. Darum muß sie jetzt die Schrecken der faschistischen Hölle über sich ergehen lassen. Die Kommunisten Deutschlands waren allein nicht imstande, diese Katastrophe von den Arbeitermassen abzuwenden.

Bereits 1930 waren die Erschütterungen des Weimarer Systems offensichtlich. Es begann ein toller Wettlauf in der Mobilisierung der Massen, zwischen der nahenden Revolution und der gegen sie rüstenden Konterrevolution. Es wurde klar, daß die deutsche Bourgeoisie nicht mehr länger mit den Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen vermog.

Im Frühjahr 1932 war auch schon klar ersichtlich, daß die Faschisten einen bedeutenden Vorsprung in der Mobilisierung der Massen vor den Kommunisten hatten und daß, falls das Kräfteverhältnis der Klassen nicht rasch eine Veränderung zugunsten des Proletariats erfährt, die Aufrichtung der grausamsten und blutigsten faschistischen Diktatur in Deutschland unvermeidlich ist. Die Kommunisten versuchten diese Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats dadurch her-

beizuführen, daß sie mit allen Kräften den Kampf um die Einheitsfront verstärkten. Sie stellten sich die Aufgabe, um jeden Preis ein Uebereinkommen mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Allgemeinen Gewerkschaftsbund herbeizuführen. Diese Einheitsfront hätte die Aufgabe gehabt, den Faschismus abzuwehren und die Reste der Freiheiten der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.

Aber die Sozialdemokratische Partei wies jeden solchen Vorschlag entschieden zurück. Sogar als die Faschisten den Kampf bereits auf die Straße verlegt hatten, in sämtlichen Städten Deutschlands die Arbeiter terrorisierten und die hervorragenden Vertreter des Proletariats meuchlings ermordeten, fuhr die Sozialdemokratie fort, sich ausschließlich auf lendelähmende Proteste im Parlament zu beschränken. Für jeden einsichtigen Menschen war es klar, daß der Kampf mit den Faschisten nicht mehr im Parlament entschieden, sondern die Austragung der Frage der Zukunft Deutschlands und des Schicksals der deutschen Arbeiterbewegung bereits von den Faschisten auf die Straße verlegt worden war.

Selbst noch am 20. Juli, als die Papenregierung die sozialdemokratischen Minister in Preußen davonjagte und die Kommunistische Partei der Sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Proklamierung des Generalstreiks vorschlug, riefen diese beiden Organisationen die Arbeiter auf, Ruhe zu bewahren. Die verjagten Minister wandten sich mit einem «Appell an den Reichsgerichtshof», weil die Verfassung verletzt sei.

Selbst noch am 30. Januar 1933 als bereits das Finanzkapital der Hitlerpartei die Regierungsmacht zur Ausübung der faschistischen Diktatur übertragen hatte, lehnten die Sozialdemokratie und der ADGB von neuem den Vorschlag der Kommunistischen Partei zur Ausrufung des Generalstreiks ab. Sie erklärten die Kommunisten für Provokateure und forderten die Arbeiter auf, keinen Widerstand zu leisten.

Die Kommunisten haben in dieser Zeit alles getan, was in ihrer Macht lag, um die werktätigen Massen zum revolutionären Kampf, zur Verhinderung der faschistischen Diktatur zu mobilisieren. Die Kommunisten haben dabei bedeutende Erfolge erzielt. Aber sie vermochten nicht, das bis dahin zustandegekommene Kräfteverhältnis zu ändern, solange die Sozialdemokratie ihren Einheitsfront- und kampfesfeindlichen Standpunkt nicht aufgab.

Mögen die Arbeiter Deutschlands, möge das Weltproletariat jetzt urteilen, wer die Schuld an der deutschen Niederlage trägt; mögen sie aus den blutigen Lehren der deutschen Ereignisse lernen, daß diese Niederlage nur möglich war, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse noch blindlings der Sozialdemokratie folgte, die Warnungen der Kommunisten in den Wind schlug und den Kampf ablehnte.

(Aus: "Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale - Referat des Genossen W. Pieck", in: "Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Bd. I, S. 49-51)

IDEOLOGIE UND POLITIK DES WESTDEUTSCHEN REVANCHISMUS ZERSCHLAGEN

# POLEN - EIN PRÜFSTEIN!

In den letzten Wochen hat der westdeutsche Imperialismus und seine Parteien verstärkt seine Ansprüche auf "Deutschland in den Grenzen von 1937" angemeldet. Die vom westdeutschen Imperialismus geschaffenen Vertriebenenverbände - aktuell die "Schlesier" - spielen hierbei die Rolle eines Stoßtrupps und Anheizers.

Klar muß sein, daß die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 eine unverhüllte Kampfansage ist zur Revidierung aller Grenzen Europas, die im Ergebnis des II. Weltkriegs geschaffen wurden - wobei es nicht nur um die Grenzen von 1937 geht, sondern ebenfalls um die Einverleibung von Teilen der

CSSR, wie es die Sudetendeutschen programmatisch fordern oder auch um Österreich, das wieder "Heim ins Reich" soll.

Unter dem Motto der "Selbstbestimmung aller Deutschen", des "Rechts auf Heimat", des Rechts auf "urdeutsche Gebiete" wird eine ideologische Einstimmung in Hinblick auf die Änderung der Grenzen speziell in Osteuropa geschaffen. Es wird eine Kampagne geschürt, die direkt anknüpft am deutsch-chauvinistischen "Drang nach Osten", der eine lange blutige Tradition hat, von den deutschen Ordensrittern, über die preußische Soldateska bis hin zu den Hitlerfaschisten, die unter dieser Losung große Teile der

In Rozki-Radom posieren deutsche Soldaten vor den von ihnen erhängten Polen, 1942





Völker Polens, der Sowjetunion der Tschechoslowakei u.a. versklavten, massenhaft, millionenhaft ermordeten.

Der Anspruch auf Teile des Territoriums Polens spielt heute bei der Propaganda der Fortsetzer des Hitlerfaschismus, der westdeutschen Imperialisten, eine Schlüsselrolle. Diese Propaganda muß in aller Schärfe zurückgewiesen werden, will man nicht mitverantwortlich werden dafür, daß ein Raubkrieg nach Osten heute vorbereitet und morgen durchgeführt wird. Die Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus, unter anderem und gerade auch gegenüber Polen, erfordert heute ein massives Auftreten gegen alle Versuche, die Grenzen zu revidieren, die in Folge des II. Weltkriegs entstanden sind.

★  
DIE VERBRECHEN DES HITLERFASCHISMUS GEGENÜBER POLEN MÜSSEN GESÜHNT WERDEN

Die Maßnahmen in Hinblick auf Polen, wie sie auf der Konferenz von Jalta und im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden (Oder-Neisse-Grenze, Reparationen, Umsied-

lung von Deutschen u.a.m.), sind vor allem Folge davon, daß der Hitlerfaschismus brutale Verbrechen verübte und 1945 niedergeschlagen werden konnte.

Polen war zu Beginn des II. Weltkriegs eines der ersten Opfer des deutschen Angriffs, und nach seiner Besetzung begannen die Faschisten, das polnische Volk buchstäblich auszurotten. Diesem Vernichtungsfeldzug fiel jeder vierte Pole zum Opfer, und erst die Niederschlagung der faschistischen Heeresverbände beendete diesen organisierten Massenmord.

Man muß sich die grauenvolle Bilanz ins Bewußtsein rufen, um die ganze Ungeheuerlichkeit derjenigen deutlich zu machen, die heute eine Revision der Wiedergutmachungsmaßnahmen gegenüber Polen fordern, die die Oder-Neisse-Grenze und die Aussiedlung von Deutschen aus polnischen Gebieten wieder rückgängig machen wollen. Es starben über 6 Millionen Polen, 5 Millionen Polen wurden verschleppt oder zwangsausgesiedelt.

Auf Grund der Verbrechen des Hitlerfaschismus gegenüber dem polnischen Volk, auf Grund dessen,

daß dem polnischen Volk gegenüber eine Wiedergutmachungsleistung, ein Schutz vor künftigen Verbrechen des deutschen Imperialismus gegeben werden mußte, wurde u.a. die Oder-Neisse-Grenze festgelegt und die Umsiedlung der meisten Deutschen aus dem Gebiet des neuen Polens in die Tat umgesetzt.

Sie waren Teil der vorgeschlagene-

Die amtlichen Zahlen lauten:

Opfer von Kriegshandlungen:	
Streitkräfte	123 000
Zivilbevölkerung	521 000
In Vernichtungslagern, bei öffentlichen Hinrichtungen, Befriedungsaktionen, Liquidierung des Ghettos	3 577 000
In Gefängnissen, Arbeitslagern, infolge Erschöpfung, schlechter Behandlung, Epidemien	1 286 000
Infolge erlittener Mißhandlungen, Überanstrengung, Verletzungen starben nach der Entlassung aus Arbeits-, Vernichtungslagern und Gefängnissen	521 000
<b>Insgesamt Tote</b>	<b>6 028 000</b>
Davon Juden polnischer Nationalität	3 400 000
Ferner:	
Nach Deutschland oder von Deutschland besetzten Ländern wurden verschleppt:	2 460 000
Zwangsläufig ausgesiedelt aus Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Lodz, aus Gegenden, wo Partisanenkämpfe stattgefunden hatten oder militärische Anlagen gebaut werden sollten	2 478 000
<b>Insgesamt Vertriebene</b>	<b>4 938 000</b>

(aus: "Oder - Neisse - eine Dokumentation", Berlin 1956, S.58/59)



nen Maßnahmen, die das Ziel hatten, zur Ausrottung des deutschen Militarismus beizutragen, der in einem schwachen Polen stets eine Nahrung fand.

Diese Maßnahmen wurden von allen Siegermächten beschlossen, sie entsprachen und entsprechen vollkommen der Auffassung aller Völker, die unter der Barbarei des Hitlerfaschismus gelitten hatten.

In diesen Maßnahmen drückt sich ebenfalls die Mitverantwortung des deutschen Volks an den Verbrechen des Hitlerfaschismus aus, in ihnen drückt sich aus, daß Völker, die sich zu Raub- und Vernichtungskriegen gegenüber anderen Völkern mißbrauchen lassen, auch die daraus resultierenden Konsequenzen zu tragen haben.

★  
DIE ODER-NEISSE-GRENZE UND  
DIE UMSIEDLUNG VON DEUT-  
SCHEN AUS POLEN VERTEIDIGEN

Die frühere Grenze zwischen Polen und Deutschland gestattete den deutschen Imperialisten, Polen von Norden, Westen und Süden zu umfassen. Um den berechtigten Sicherheitsansprüchen Polens zu genügen, wurde festgelegt, daß die Grenze zwischen Deutschland und Polen an der Oder und der westlichen Neiße verlaufen sollte. Damit sollte eine Voraussetzung geschaffen werden, daß das deutsche und polnische Volk in Zukunft in Frieden und guter Nachbarschaft leben können. Nach den bitteren Erfahrungen, die das polnische Volk machen mußte, ist es vollkommen gerechtfertigt, daß durch entsprechende Grenzziehungen Sicherungen gegen einen neuen eventuellen deutschen Angriff geschaffen wurden.

Bei der Verteidigung der Umsiedlung von ca. 5,7 Millionen Deutschen (bis 1947) aus Polen sind vor allem zwei Gesichtspunkte von Bedeutung:

Um einen Vorwand zum Überfall auf

die Nachbarländer zu haben, hatten die deutschen Kriegsverbrecher die in diesen Ländern wohnenden Deutschen mißbraucht. So wurde beispielsweise die nazistische Sudetendeutsche Partei in der Tschechoslowakei gegründet, die Zusammenstöße mit Tschechen provozierte, was den Vorwand zu einer maßlosen Hetze gab. Deshalb vereinbarten die Siegermächte, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß" ("Potsdamer Abkommen", in: WBK Nr.2, a.a.O., S.14). Durch diese Umsiedlung sollte einer Wiederholung faschistischer Gewaltakte vorgebeugt werden.

Weiterhin war für diese richtige Entscheidung die reale Rolle von Bedeutung, die die z.B. in Polen lebenden Deutschen während des II. Weltkriegs spielten, seien es die erst nach 1939 in diese Gebiete zugesiedelten über 2 Millionen Deutschen oder die schon früher dort lebenden. Der Großteil von ihnen war von der faschistischen Propaganda über den "polnischen Untermenschen" infiziert, stellte sich zum weitesten größten Teil auf die Seite der Schinder des polnischen Volks, war verbunden mit den in Auschwitz, Treblinka, Majdanek - um nur die größten Konzentrationslager zu nennen - verübten Verbrechen. (Ausdruck dessen ist auch, daß ungefähr 4 Millionen Deutsche schon in den letzten Kriegsmonaten vor dem Einmarsch der Roten Armee und der antifaschistischen polnischen Verbände nach Westen flohen, viele aus "gutem Grund".) Ausdrücklich ausgenommen von der Umsiedlung wurden "diejenigen, die ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volk nachweisen können... während der deutschen Herrschaft... Solidarität mit den Polen unter Aufsichtnahme persönlicher Gefahren" bewiesen haben. (Anordnung des Ministers für die wiedergewonnenen Gebiete vom 6.4. 1946)

Ein "normales" Zusammenleben von Polen und Deutschen war nach solch Grauenhaftem in diesen Gebieten absolut unmöglich geworden. Jedes gesprochene deutsche Wort mußte nach der jahrelangen Herrschaft der SS-Scherger und der Bluttaten der faschistischen Wehrmacht von der Masse der überlebenden Polen wie ein Peitschenhieb ins Gesicht empfunden werden.



Zwei Monate kämpften polnische Freiheitskämpfer in Warschau gegen die faschistischen Okkupanten. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. - Barrikaden in Warschau, August 1944

Für die Kommunisten und jeden ehrlichen Antifaschisten in Westdeutschland ist klar, daß diese Maßnahmen des Potsdamer Abkommens völlig gerecht und unumstößlich sind. Auch die revisionistische Entartung Polens kann hieran nichts ändern. Die Freundschaft und Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und dem polnischen Volk im Kampf gegen den Imperialismus, gegen jeg-

liche Ausbeutung und Unterdrückung, kann nur auf einer solchen Basis hergestellt und erkämpft werden.

Dieses Bewußtsein versucht der westdeutsche Imperialismus mit allen Mitteln zu vernebeln und verbreitet zu diesem Zweck in Hinblick auf Polen Demagogie, die allzu oft auf fruchtbaren Boden fällt und das nicht nur bei extremen, offenen Reaktionären.

### ★ DIE DEMAGOGIE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS ZURÜCKWEISEN

Die Demagogie mit dem Friedensvertrag

Die Revanchisten berufen sich darauf, daß immer noch kein Friedensvertrag abgeschlossen worden sei, der allein die Frage der Grenzen endgültig zu regeln habe.

Schon eine kurze Überlegung zeigt, daß dieses "Argument" durch und durch verlogen und demagogisch ist. Denn die, die den Friedensvertrag sabotiert haben und sabotieren, stellen sich in der Pose eines Unschuldslamms hin und klagen: Wir haben keinen Friedensvertrag. Ohne hier auf alle Gesichtspunkte eingehen zu können, warum bis heute kein Friedensvertrag zustande gekommen ist,

ist doch ein Hauptgrund der, daß nach der Spaltung Deutschlands durch die amerikanischen, englischen, französischen und westdeutschen Imperialisten die neugeschaffene BRD einen Friedensvertrag ausdrücklich ablehnte und den Zustand eines "Waffenstillstands" aufrechterhielt unter Erhebung von schamlosen und verbrecherischen Forderungen nach Abtrennung von Gebieten Polens und anderer Länder. Das ist die Realität, warum kein Friedensvertrag zustande gekommen ist.

Die Demagogie mit den "urdeutschen Gebieten"

Die Revanchisten behaupten, daß "urdeutsches Gebiet" an Polen

gegangen sei. In Wirklichkeit ist es aber so, daß der weitaus größte Teil dieses Gebietes erst im Laufe der letzten Jahrhunderte zusammengeraubt, kolonialisiert und "germanisiert" wurde. Zuerst die deutschen Ordensritter, dann Preußen und später das Deutsche Reich betrieben über Jahrhunderte hinweg eine brutale Politik des Raubes, der Versklavung und Ausrottung der Bevölkerung. Schon Marx und Engels haben die Unterdrückungspolitik Deutschlands gegenüber Polen scharf gegeißelt, und für sie war die Haltung zu Polen ein wichtiger Prüfstein für die revolutionäre Bewegung in Deutschland. In dem Manuskript "Preußen (Die Kanaillen)" charakterisierte Marx die Art, wie die preußischen Räuber in Polen hausten:

- \* "Seit Anfang 1771 wurden ganze Kantone von Preußisch-Polen durch preußische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten. Nicht nur stehlen die hungrigen Kanaillen privatim und von Staats wegen. Sogar Weiberabgaben wurden ver-schrieben, die die Dörfer liefern mußten, die von ihnen gepreßt und dazu verurteilt wurden, die schmutzigen preussischen Komißkanaillen zu heil-raten."
- \* (Zitiert nach: "Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 25/26)

Besonders bei der 2. und 3. Teilung Polens Ende des 18. Jahrhunderts raubte Preußen große Teile Polens und führte die grausame Germanisierungspolitik fort, die Marx anprangerte:

- \* "Das erste, womit der Hohenzollernsche Landesvater in dem geraubten Polen seine preußische Huld offenbarte, war die Konfiskation der ehemals polnischen Kron- und Kirchengüter ... Eine Menge

- \* Strauchritter, Günstlinge königlicher Maitressen, Kreaturen der Minister, Helfershelfer, denen man den Mund stopfen wollte, wurden mit den größten und reichsten Gütern des geraubten Landes beschenkt und hiermit den Polen 'deutsche Interessen' und 'überwiegend deutscher Grundbesitz' eingepropft."
- \* (ebd., S. 27/28)

Es ist klar, daß die westdeutschen Revanchisten, dieses in Jahrhunderten zusammengeraubte, kolonialisierte, germanisierte Gebiet als ihr eigenes betrachten und entgegen der historischen Wahrheit zu "urdeutschem Boden" erklären, das nun angeblich an seine "Ureinwohner" zurückgegeben werden müsse.

Die verschiedenen Versuche - über die Zeitdauer zu streiten, daß dieses oder jenes Gebiet östlich der Oder-Neisse doch tatsächlich "deutsch gewesen sei, le facto dem "Deutschen Reich" angegliedert, von mehreren Generationen deutscher Werktätiger besiedelt worden sei etc. - können an den geschichtlichen Grund-tatsachen überhaupt **n i c h t** ändern, ja sind insbesondere **h e u t e** völlig irrelevant, weil die hauptsächliche Begründung für die RECHTMÄSSIGKEIT der planmäßigen Umsiedlung der Deutschen östlich der Oder-Neisse (seien sie nun in bestimmten Teilgebieten Mehrheiten oder Minderheiten gewesen) **n i c h t** "historische Analysen" der letzten Jahrhunderte betrifft, sondern eben die aktuellen Abschnitte der Geschichte, eben die Verbrechen des Hitlerfaschismus am polnischen Volk! (\*)

---

(\*) Dies muß auch gegenüber jenen Kräften unterstrichen werden, die sich in ganz fälschlicher Weise auf die Tradition der deutschen und polnischen Arbeiterbewegung berufen. Wir meinen damit diejenigen, die ihre chauvinistische These von der Revision der Oder-

# DIE "GRÜNEN" IM BUNDESTAG : IHRE HETZE GEGEN DIE SOWJETUNION STALINS GEHT EINHER MIT EINER DIREKTEN IDEOLOGISCHEN UNTER- STÜTZUNG DES REVANCHISMUS

\*\*\*\*\*

Keinesfalls vereinzelt, sondern gehäuft zeigt sich in den letzten Monaten, daß die GRÜNEN ungeachtet aller Versuche der Abgrenzung von extremen Formen des Revanchismus völlig in der Ideologie des westdeutschen Imperialismus stehen. Dies zeigt sich in drei Hauptpunkten.

(Wir meinen hier die GRÜNEN im Bundestag und nicht die Bewegung der GRÜNEN überhaupt.)

## 1. Unterstützung der Hetze gegen die SU Stalins

Dirk Schneider faselt im Parlament von der "Willkür und Brutalität sowjetischer Nachkriegspolitik gegenüber den Deutschen in der DDR" und erklärte:

"Das Mißtrauen und die Angst gegenüber den Russen entsprach einer realen Nachkriegserfahrung..." ("Das Parlament", Nr.14, 7.4.1984)

Die naheliegende Frage, wer hat mit welchem Grund Angst vor "den Russen" haben müssen, wer aber begrüßte sie als Befreier und Unterstützer im antifaschistischen Kampf wird hierbei überhaupt nicht gestellt. Vielmehr wird unterstellt, daß "alle Deutschen" Angst "vor den Russen" haben mußten. Und damit ist es nicht weit zu Dreggers "heldenhaftem Kampf" in den letzten Kriegstagen, um "die Russen" in Schlesien aufzuhalten.

Noch deutlicher geben die GRÜNEN selbst einfache antifaschistische Grundsätze wie die Verteidigung der Umsiedlung von Deutschen nach 1945, die Verteidigung des Potsdamer Abkommens direkt auf und reihen sich ein in den Chor des Revanchismus, der dies als Unrecht, als unrechtmäßige Vertreibung angreift.

Die GRÜNEN schreiben:

"daß wir die Methoden der V e r t r e i b u n g, wie sie von den osteuropäischen Staaten nach 1945 angewandt wurden, unmenschlich finden. Uns ist ebenso bekannt, daß die Vertreibungsmaßnahmen hunderttausende Menschenopfer gekostet haben, was zweifellos keine geringe historische Schuld ist." und an anderer Stelle von "bestialischen Methoden". (Brief von J. Schnappertz, Die Grünen im Bundestag, 22.2.1985)

## 2. Unterstützung der "ostdeutschen Volksgruppen" durch die GRÜNEN

Von solchen historisch und prinzipiell falschen Prämissen ausgehend u n t e r s t ü t z e n die GRÜNEN die in ihrer heutigen Gestalt und nach ihrer ganzen Vorgeschichte offen revanchistischen sogenannten "Vertriebenenverbände" bzw. deren "Ostdeutsche Volksgruppen". Der Vorbehalt der GRÜNEN hierbei angesichts der Ungeheuerlichkeit einer solchen Unterstützung gleicht in der Art, den Löwen nur dann zu unterstützen, wenn er kein Fleisch frißt, die Imperialisten nur dann zu unterstützen, insofern sie nicht andere Völker ausbeuten. Die GRÜNEN schreiben:

"Die GRÜNEN unterstützen die Pflege und die Bewahrung der kulturellen Traditionen früherer ostdeutscher Volksgruppen, sofern sie dem authentischen Bedürfnis der damit verbundenen Bevölkerungsteile entsprechen und nicht politisch mißbraucht werden. Sofern eine Privilegierung im Vergleich zu anderen kultu-

rellen Belangen ausgeschlossen werden kann und eine zweckentsprechende Verwendung der öffentlichen Mittel stattfindet, würden wir uns einer begrenzten Förderung solcher Brauchtumspflege nicht verschließen. Eine Wiederaufstockung der Mittel für die ostdeutsche Kulturarbeit würden wir jedoch nicht unterstützen." (Brief der GRÜNEN im Bundestag an die GRÜNEN NRW-Geschäftsstelle, 16.4.85, S.8)

Die GRÜNEN unterstützen also die "Vertriebenenverbände" bei ihren Aktivitäten der "Bewahrung der kulturellen Traditionen" und leugnen damit ihre unzweifelhafteste Funktion als revanchistische Hetzer.

Damit nicht genug! Gegenüber der sogenannten "deutschen Minderheit in der SU" äußerte Horacek von den GRÜNEN,

"daß wir diese Forderung nach der besonderen Verantwortung des Mutterlandes ernst nehmen sollten..."

Und er erklärte:

"Ich (werde) auf diesem Gebiet auch die positiven Ansätze der Bundesregierung auf diesem Gebiet unterstützen."  
("Das Parlament", Nr.18, 4.5. 85)

Diese abenteuerlichen revanchistischen Thesen von der BRD als "Mutterland" für alle jene Deutschen in anderen Ländern wie der Sowjetunion (und in Chile und in Südafrika müßte man hinzufügen), für die das "Mutterland" angeblich eine "besondere Verantwortung" trage, mündet nur konsequent in den offensichtlich gesucht und gefundenen "positiven Ansätzen der Bundesregierung", die es zu unterstützen gelte.

Kein Wenn und Aber, keinerlei Vorbehalte und Einschränkungen können etwas daran ändern, daß hier direkt großdeutscher Revanchismus in den Reihen der GRÜNEN betrieben wird.■

Die Anstifter eines imperialistischen Raubkrieges können sich nicht auf das "Selbstbestimmungsrecht" berufen!

Das Geschrei nach "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" angesichts der Niederlage im II. Weltkrieg ist eine widerliche Umkehrung der Wahrheit: Natürlich hätten die deutschen Imperialisten es lieber gehabt, daß die Truppen der Anti-Hitler-Koalition an den Grenzen zu Deutschland stehen geblieben wären.

Natürlich hätten sie gerne als "gleichberechtigte Partner" verhandelt, als daß über sie als besiegte Räuber zu Gericht gesessen wurde. Der Ruf nach dem "Selbstbestimmungsrecht" tut so, als sei überhaupt nichts gewesen. Der Aggressor, der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, beruft sich auf sein "Selbstbestimmungsrecht", um den Konsequenzen aus seinen Verbrechen zu entgehen, um die Wiedergutmachung der von ihm angerichteten Barbareien zu sabotieren.

Die "Ostverträge":  
Politik des westdeutschen Revanchismus in Zusammenarbeit mit den modernen Revisionisten!

Der Hinweis auf die "Ostverträge" ist eine besondere demagogische Variante, die vor allem aus den Reihen der SPD und DKP kommt. Diese "Ostverträge" hät-

---

Fortsetzung der Fußnote von S.27.

Neiße-Grenze nach der Revolution" mit den Erfahrungen der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der KPD und der KP Polens, gerade auch in Oberschlesien, begründen wollen. Sie legen dies so aus, als könnte nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus, nach den Verbrechen am polnischen Volk, die selbe Politik eingeschlagen werden wie zur Zeit der Weimarer Republik, als Grenzfragen ganz bewußt nicht entschieden oder zum Thema der Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten Polens und Deutschlands gemacht wurden.

ten angeblich das "Ende des kalten Krieges", die "Versöhnung mit dem Osten", "Völkerverständigung" und "Gewaltverzicht" eingeläutet. In Wahrheit ist es aber so, daß nach wie vor die westdeutschen Revanchisten ihren Anspruch auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße aufrechterhalten und durch das ganze "Ausöhnungsspektakel" lediglich ein wenig verhüllt wurde. Die SPD/FDP-Regierung erklärte z.B.:

"Der Vertrag bedeutet also nicht die Festigung des status quo... Er greift insbesondere einer umfassenden Regelung der europäischen und deutschen Fragen nicht vor... Der Vertrag baut die Furcht vor dem 'deutschen Revanchismus' ab."

(Presse- und Informationsbulletin, 14. August. 1970)

Von Seiten der russischen Sozialimperialisten und der polnischen Revisionisten sind diese "Ostverträge" Ausdruck ihres Verrats an den Interessen der Völker der antifaschistischen Koalition und stellen eine Unterstützung des westdeutschen Manövers dar, von den Expansions- und Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten abzulenken. Dabei verwenden die Revisionisten im Einklang mit den Sozialdemokraten den Trick, lediglich CDU/CSU und ein erfundenes "Rechtskartell" als angebliche Quelle des Revanchismus unter Beschuß zu nehmen und die sozialdemokratischen Politiker als "vernünftige, friedliche Fraktion des westdeutschen Monopolkapitals" auszugeben.

o o o o o

## POLEN - EIN PRÜFSTEIN DAMALS UND HEUTE !

Anläßlich der Gedenkfeiern zu Ehren des polnischen Aufstandes von 1830/31 in London am 29. November 1847 erklärte der junge Engels:

Wir deutschen Demokraten haben nämlich ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens. Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Teilung Polens Vorteil gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Posen unterdrücken. Uns Deutschen, uns deutschen Demokraten vor allem, muß daran liegen, diesen Flecken von unserer Nation abzuwaschen. Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustande kommt.

Marx/Engels: Ges. Ausg., Erste Abt., Bd. VI, S. 360/61. MEW 4, S. 417

Die Haltung zu Polen und die Haltung zum Versuch der westdeutschen Imperialisten, Revanchisten und Militaristen, die Grenzen zu revidieren, die nach dem II. Weltkrieg entstanden sind, sind ein Prüfstein für jeden Antifaschisten. ■

# BUCHLADEN Georgi Dimitroff

KOBLENZER STR. 4 (GALLUSVIERTEL), FRANKFURT

ÖFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag: 15.30-18.30 Uhr, Dienstag geschlossen  
Samstag: 9-14 Uhr

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:

- Antiimperialistische Literatur insbesondere über den westdeutschen Imperialismus
- Antifaschistische Literatur
- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin

## DIE VERBRECHEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS AM POLNISCHEN VOLK NIEMALS VERGESSEN!

### DIE POLITIK DER FASCHISTEN: POLEN OHNE POLNISCHE BEVÖLKERUNG

"Es wird eine der Hauptaufgaben der deutschen Staatskunst für alle Zeiten sein, die weitere Vermehrung der slawischen Rassen mit allen in unserer Macht befindlichen Mitteln zu verhüten."

(Hitler, zitiert in "Der Nürnberger Prozeß", 1947, Bd.VII, S.217)

Zentraler Bestandteil faschistischer Politik gegenüber Polen war, die polnische Bevölkerung weitgehendst auszurotten. Um dieses Ziel zu erreichen wurden nicht nur Millionen offen ermordet, sondern es wurden auch andere Methoden angewendet, die noch heute ihre Nachwirkungen haben.

#### VERSCHLEPPUNG INS "DEUTSCHE REICH" ZWECKS SKLAVENARBEIT

Mindestens 1,6 bis 1,8 Millionen wurden zur Sklavenarbeit ins "Deutsche Reich" verschleppt. Sie mußten jahrelang - mit einem "P" auf ihrer Kleidung gekennzeichnet - in elenden Baracken und anderen Massenquartieren untergebracht, bei schlechter Ernährung schwerste Arbeit leisten - bis zum Umfallen. Sie mußten besondere Straßenbahnwagen benutzen, der Zutritt zu den meisten Läden, Kinos und Gaststätten war ihnen verwehrt. Nicht wenige haben diese Art deutscher "Gastfreundschaft" mit dem Tod bezahlt, wenn sie nicht schon vorher wegen Übertretung irgendwelcher Verordnungen hingerichtet wurden.

#### UMSIEDLUNG INNERHALB POLENS UND NEUANSIEDLUNG VON DEUTSCHEN

Innerhalb Polens wurden von den deutschen Faschisten viele Polen umgesiedelt: Aus Warschau wurden 600 000 bis 700 000 Menschen ausgesiedelt. In den Städten wurden 436 000 Wohnungen für die deutschen Ansiedler geräumt. Im "Generalgouvernement" wurden mehr als 100 Dörfer nach deutscher Manier von Polen leergefegt, und allein im Kreis Zamość wurden 300 Dörfer von Polen "ge-

säubert" usw. usf.

Die deutschen Faschisten siedelten über 2 Millionen Deutsche in den von Polen leergefegten Städten und Dörfern an. Zum Teil wurden diese Deutschen in in besonderen Lagern für Auslandsdeutsche auf ihre Ansiedlung in Polen, in ihre heute so häufig beschworene angeblich "angestammte Heimat" vorbereitet. 1942 betrug die Zahl derart vorbereiteter Deutscher mehr als 125 000.

#### ZWANGSEINDEUTSCHUNG VON TEILEN DER POLNISCHEN BEVÖLKERUNG

Die Barbarei der Zwangseindeutschung durch die deutschen Faschisten wird an einer Rede Himmlers deutlich. Dort kann man nachlesen:

"Es ist ganz klar, daß es in diesem Gemisch von Völkern immer wieder einige rassisch gute Typen geben wird. Entweder wir gewinnen das gute Blut, das wir verwerten können, und ordnen es bei uns ein oder... wir vernichten dieses Blut."

(Himmler, zitiert in "Der Nürnberger Prozeß", 1947, Bd.III, S.652)

Um diese Linie in die Tat umzusetzen, wurden Anweisungen erlassen, die wie die folgende festlegte, wer zur Gruppe der "eindeutschungswürdigen" Personen gehört:

"3. Deutschstämmige, die im Laufe der Jahre Bindungen zum Polentum eingegangen sind.

Zu dieser Gruppe gehören auch Personen nichtdeutscher Abstammung, die in völkischer Mischehe mit einem deutschen Volkszugehörigen leben und in der sich der deutsche Teil in der Ehe durchgesetzt hat.

Die als deutsche Volkszugehörige anzuerkennende Personen masurischer, kaschubischer, slonzakischer und oberschlesischer Abstammung werden in der Regel in diese Gruppe 3 eingereiht.

4. Deutschstämmige, die politisch im Polentum aufgegangen sind (Rene-gaten).

Die Angehörigen der Gruppen 3 und 4 müssen durch eine intensive Erziehungsarbeit im Altreich im Laufe der Zeit zu vollwertigen Deutschen erzogen bzw. wieder eingedeutscht werden.

Bei denjenigen, die eine Wiedereindeutschung ablehnen, sind sicherheitspolizeiliche Maßnahmen zu ergreifen..."

II. Die örtlich zuständigen Staatspolizei(leit)stellen haben den ihnen namhaft gemachten Personen zur Auflage zu machen, innerhalb einer Frist von 8 Tagen nachzuweisen, daß der Antrag auf Eintragung in die deutsche Volksliste gestellt ist. Wird der Nachweis nicht erbracht, so ist der Betreffende in Schutzhaft zu nehmen und seine Überführung in ein Konzentrationslager zu veranlassen".

(Aus: "Der Nürnberger Prozeß", 1947, Bd.III, S.653/654)

Sich der "Eindeutschung" zu widersetzen, bedeutete also für viele Polen Arbeitslager oder/und Vernichtung.

#### DER TERROR MITTELS DER DEUTSCHEN JUSTIZ

Der Terror gegen die polnische Bevölkerung war allseitig. Weitverbreitet waren Todesurteile und schwere Strafen, die verhängt wurden, weil jemand in Polen es gewagt hatte, sich von einem Deutschen nicht alles gefallen zu lassen.

Allein 1942 wurden mindest 930 Todesurteile wegen "Vergehen" von Polen an Deutschen ausgesprochen, mindestens 45 000 wanderten deswegen in Konzentrationslager. Einige Beispiele:

+ Das Sondergericht Zichenau verurteilte Z. Kucharezyk zum Tode, weil er einem Polizisten gedroht hatte, nachdem er selbst von diesem geohrfeigt worden war: "Ein Pole, der sich deutschen Beamten gegenüber derart benimmt, hat sein Leben verwirkt." (Urteil des Sondergerichts in "Freispruch für die Nazijustiz", rororo, 1983, S.395)

+ Der Landarbeiter J. Horyza wurde vom Sondergericht Posen zum Tode verur-

teilt, weil er sich gegen einen deutschen Bauern gewehrt hatte, der mit einer Harke auf ihn losgegangen war. Das Todesurteil wurde damit begründet, daß der Landarbeiter durch seine "Tat" die "Autorität eines jeden Deutschen in dem hiesigen Gebiet" gefährde, und das Urteil "aus Abschreckungsgründen unbedingt notwendig" sei. (Urteil des Sondergerichts, ebenda S.396)

Selbstredend ist, daß alle Richter und Staatsanwälte, die diese Urteile fällten bzw. forderten, nach 1945 nicht einmal angeklagt wurden. Daß nicht einmal ein Hauptverfahren beantragt wurde, wurde u.a. folgendermaßen begründet: "Das Urteil des Sondergerichts ...kann ...nicht als rechtsstaatswidrig angesehen werden." (Ebenda, S.411)

#### VOLKSZÄHLUNG UND STATISTIK ALS MITTEL ZUR ZWANGSEINDEUTSCHUNG FINDET SEINE FORTSETZUNG IM GRUNDGESETZ

In der Atmosphäre der ständigen Propaganda der "Arierrasse", der Ausfälle gegen die angeblich "minderwertigen Rassen", zu denen die Slawen und Polen gezählt wurden, die Blutgesetze usw. konnten die Faschisten in ihren eigenen Statistiken den Rückgang der polnischen Bevölkerung rechnerisch "nachweisen". So wurde z.B. im damaligen "Regierungsbezirk Oppeln" eine Volkszählung durchgeführt, bei der herauskam, daß in diesem Gebiet, in dem 1910 nach den Angaben einer damaligen Volkszählung noch 581 700 Personen mit polnischer Muttersprache gezählt wurden, es 1933 offiziell nur noch 99 190 Personen gab. Und gar 1939 wurden nur noch 3 730 Menschen offiziell gezählt. (Siehe Statistisches Bundesamt, "Die deutschen Vertreibungsverluste", Stuttgart 1958, S.209.)

Man muß hierbei wissen, daß die Zählung vor allem auch auf dem persönlichen Bekenntnis über die Volkszugehörigkeit beruhte, und der Terror so groß war, daß nur ein geringer Teil wagte, dies trotzdem zu tun.

Auf diese Art der Volkszählung stützt sich auch das Statistische Bundesamt heute, um einen angeblich geringen Bevölkerungsanteil von Polen in diesen "urdeutschen Gebieten" nachzuweisen. Es werden gerade diese Volkszählungen



von 1933 und vor allem auch von 1939 propagiert. Dabei hebt das Statistische Bundesamt die ganze Methode der statistischen Ermittlung durch die deutschen Faschisten noch p o s i t i v hervor:

"Dabei wurde nicht allein von der Muttersprache, die im allgemeinen noch kein Kriterium für die Volkszugehörigkeit ist, sondern vor allem im gemischtsprachigen Gebieten, von dem persönlichen Bekenntnis, d.h. der Angabe über die Volkszugehörigkeit ausgegangen." (Ebenda, S.11)

Auch heute noch sind die Angaben über die "Volkszugehörigkeit" ausschlaggebend, um als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes anerkannt zu werden. Als Deutscher wird man anerkannt, wenn man erklärt, irgendwann einmal eine arische Großmutter gehabt zu haben (siehe "Spiegel" Nr 25/85, S.43). Der Artikel 116 spricht demgemäß auch vom "Abkömmling Vertriebener".

**"SPRICH DEUTSCH! AMTSSPRACHE IST DEUTSCH!" - EINE URDEUTSCHE TRADITION**

In den "Ostprovinzen des Deutschen Reichs" verbannten die faschistischen Schläger schon lange vor dem Einmarsch ihrer Armee die polnische Sprache aus der Öffentlichkeit, und selbst der Gebrauch in der Familie wurde von der GESTAPO überwacht. So heißt es z.B. in einem vertraulichen Bericht der GESTAPO von 1939, daß

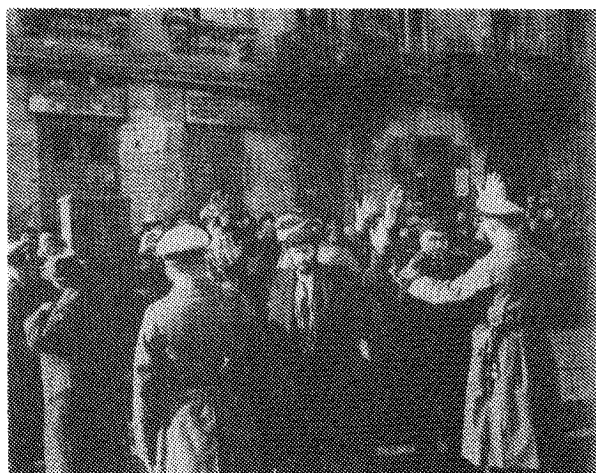
"der deutsch-bewußte Oberschlesier gern nach dem Grundsatz handelt:

'Wer polnisch spricht, kriegt eins in die Fresse.'"

(Zitiert nach: "Deutsche Zeugnisse", Heft 4, Dokumente, S.5, Warszawa 58)

Die deutschen Faschisten knüpften mit diesem Terror an einen "altbewährten" preußischen Grundsatz der Ostkolonisation an. Die Unterdrückung der polnischen Sprache und Kultur hat eine wirklich lange Tradition. So hat u.a. Friedrich II. alle polnischen Lehrer, die nicht deutsch unterrichten konnten (und wollten) aus den Schulen verbannt. Schüler und Eltern wurden verprügelt bzw. ins Gefängnis geworfen, wenn sie es ablehnten, in deutscher Sprache zu beten.

Und wenn die Revanchisten heute nicht nur ein Loblied auf die deutsche Sprache anstimmen, sondern auch die deut-



Razzia der SS in Warschau 1939

schen Namen für Orte und Städte, die in Polen liegen, vehement verteidigen, so muß klar sein, daß diese Namen zum Teil erst durch die Hitlerfaschisten eingeführt wurden, ebenso wie mit dem Gesetz zur Änderung der Vor- und Familiennamen von 1938 die polnischen Namen geändert werden mußten.

Wenn es heute auf den Ämtern gegenüber den Arbeitern aus anderen Ländern und gegenüber Asylanten barsch tönt: "Sprich deutsch! Amtssprache ist Deutsch!", so darf man die blutige Geschichte dieser deutsch-chauvinistischen Manier nicht vergessen.

\* \* \*

All diese Greuel und Untaten konnten nicht geschehen ohne die Billigung und Unterstützung eines Großteils der in Polen lebenden Deutschen und der deutschen Bevölkerung überhaupt. Vergessen wir nicht, was z.B. polnische Antifaschisten darüber berichteten:

"Die meisten Deutschen hatten der Kriegshetze und den Lügen der Hitlerpropaganda allzu willig ihr Ohr geliehen. In Polen organisierte sich die deutsche Bevölkerung in der sogenannten 'Volksdeutschen Bewegung', in der CSSR in der Henlein-Bewegung. Viele 'Volksdeutsche' waren Träger der Pogromhetze gegen die Polen, sie stellten viele Agenten, Saboteure und Verräter, die für die deutschen Faschisten arbeiteten."

(Aus: "Die Oder-Neiße-Grenze", Berlin, S.31)■

# Der Kampf gegen den Antisemitismus hat sich keinesfalls erledigt!

Viele Jahre lang wurde in Westdeutschland der Kampf gegen einen der Grundpfeiler der faschistischen Ideologie im besonderen und der "deutschen Ideologie" der imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands (mit weit zurückverfolgbaren historischen Wurzeln), nämlich der Kampf gegen den Antisemitismus, sozusagen nur "am Rande", im Zusammenhang höchstens mit neofaschistischen Aktivitäten behandelt.

Natürlich war man sozusagen "selbstverständlich" als Antifaschist gegen den Antisemitismus, ohne aber diese Frage tiefer zu analysieren und um diese Frage einen wirklichen ideologischen Kampf zu führen. Hinzukam, daß die barbarische Politik des Staates Israel zum Vorwand genommen wurde, um das Problem des Antisemitismus allzu leicht wegschieben zu können.

Die Ereignisse in Bitburg, die Ereignisse um den 8. Mai 1985, einer Zeit, in der die Absage an jeglichen Antisemitismus und Rassismus ein Zentralpunkt sein müßte, zeigen, daß der Antisemitismus in Westdeutschland blüht und gedeiht und eine neue Qualität erhalten hat.

Inoffizielle und offizielle Regierungsäußerungen zeigen dies ebenso wie direkte Drohungen an

die Juden, sich angesichts Bitburg ruhig zu verhalten und nicht zu protestieren, da sonst "schlafende Hunde geweckt" würden.

So erklärte Kohl:

"Ein Verzicht auf die Totenehrung auf diesem Friedhof könnte Antisemitismus wachrufen". (FAZ, 29.4.85)

Und wie sonst ist es zu erklären, daß in einer der größten Illustrierten der Bundesrepublik, der der CDU nahestehenden "Quick" als Aufmacher auf der Titelseite prangt: "Die Macht der Juden", ohne daß ein Aufschrei der Empörung zu hören ist, ohne daß diesem widerlichen Geschreibsel massiv entgegengetreten wird?

In diesem Artikel wird z.B. die Zahl von 6 Millionen ermordeter Juden als "jüdische Quelle" mit



Westdeutsche Polizei macht Bergen-Belsen anläßlich der Proteste gegen den Bitburg-Besuch "judenfrei" (1985)

der "Wahrheit" von angeblich "nur" 4 Millionen ermordeter Juden konfrontiert.

Und wenn heute "Du Jude" schon ein in breitesten Bevölkerungskreisen, gerade auch unter Jugendlichen wieder anerkanntes Schimpfwort ist (ebenso wie "Türke"), dann ist dies nach der Ausrottungspolitik des Hitlerfaschismus eine unerhörte Anklage gegenüber dem Zustand des Bewußtseins und

eine große Herausforderung für alle antifaschistischen und besonders auch alle marxistisch-leninistischen Kräfte, allen Varianten des Antisemitismus entgegenzutreten.

Der Antisemitismus auf der Welt war noch nie von der zahlenmäßigen Größe des jüdischen Teils der Bevölkerung abhängig. Und die Tatsache, daß heute in der BRD höchstens noch 30 000 - 60 000 Juden leben, es sich also um eine sehr kleine Minderheit handelt, ändert gar nichts an der prinzipiellen Bedeutung des antifaschistischen ideologischen und politischen Kampfes gegen den Antisemitismus. Zudem: Ausbreitung und stillschweigende Duldung des Antisemitismus hat für die Aufgabe des proletarischen Internationalismus als zersetzendes Moment katastrophale Folgen.

Im Kampf gegen den Antisemitismus haben wir in Marx, Engels, Lenin und Stalin prinzipienfeste Vorbilder. Lenins Kampf gegen die Pogrome im zaristischen Rußland, die Unterdrückung und Knechtung der jüdischen Bevölkerung und Stalins Kampf vor wie nach der Oktoberrevolution gegen den Antisemitismus und für die volle Gleichberechtigung der Juden in der Sowjetunion sind vorbildlich und

U N B E A N S T A N D E T K A N N  
M A N H E U T E I N W E S T D E U T S C H L A N D  
W I E D E R L E S E N :

# Die Macht der Juden

Ein Trommelfeuer  
jüdischer Stimmen aus aller Welt  
fielen -

Vier  
Millionen ermordete Juden - jüdische Quellen sprechen von sechs - sowie echte und geheuchelte Schuldgefühle belasten jede Diskussion.

**Macht  
und  
Stimme  
der Juden**

Wie also beeinflussen sechs Millionen amerikanische Juden 209 Millionen nichtjüdische Amerikaner?

"Quick" Nr.18, 24.4.85

müssen maximal ausgewertet werden. Bei dieser Auswertung wird man auch damit konfrontiert, daß der Ideologie des jüdischen Nationalismus kein Zugeständnis gemacht wurde, ohne aber den Hauptakzent, nämlich Kampf gegen den Antisemitismus aus dem Auge zu verlieren.

Der Kampf gegen den Antisemitismus kann und darf keinesfalls eingeschränkt oder gebremst werden durch die verbrecherischen Aktivitäten des Staates Israel und seiner Armee, das als Brückenkopf des Imperialismus, gerade auch des westdeutschen Imperialismus seinen Krieg im Libanon aktiviert, arabische Gebiete annektiert, den Palästinensern jegliche Rechte verweigert und aktiver Feind jeder revolutionären Bewegung überall auf der Welt ist.

Die Aggression Israels gegenüber dem Libanon wurde auch von der westdeutschen Presse ausgenutzt, um Antisemitismus zu verbreiten. So hieß es z.B. in der "Quick" pauschal über die Juden:

"Inzwischen sind s i e, wie Israels Einmarsch im Libanon zeigte, auch überheblicher und rücksichtsloser bei der Wahrung i h r e r Interessen." ("Quick" Nr.18, 24.4. 1985)

Ein Gleichheitszeichen zu setzen zwischen den Juden und dem Staat Israel, wie es in den bürgerlichen Medien gang und gäbe ist, ist aus mehreren Gründen unhaltbar und nützt nur dem Antisemitismus.

So gibt es in Israel lediglich 2,3 Millionen Juden, während außerhalb Israels etwa 11 Millionen Juden leben, die Bürger verschiedener Staaten und nicht Israels sind. Und auch die Juden in Israel sind nicht mit dem Staat dort gleichzusetzen, gibt es doch dort - wie in jedem kapitalistischen Land - die Masse der werktätigen Juden und diejenigen Juden, die die herrschende Klasse bilden, in deren Interesse der Staat Israel fungiert.

Die unerbittliche Ablehnung der Politik des Staates Israel sowohl nach innen als auch nach außen erfordert eine Intensivierung des Kampfes gegen den Antisemitismus, da die Gleichsetzung der Juden mit dem Staat Israel allzu oft Teil faschistischer und halbfaschistischer Attacken ist, die in Wirklichkeit nur den Antisemitismus

## ENGELS: ÜBER DEN ANTISEMITISMUS

In Hinblick auf den 1890 sich an die Sozialdemokratie anbietenden Antisemitismus schrieb Engels u.a.:

Dazu kommt, daß der Antisemitismus die ganze Sachlage verfälscht. Er kennt nicht einmal die Juden, die er niederschreit. Sonst würde er wissen, daß hier in England und in Amerika, dank den osteuropäischen Antisemiten, und in der Türkei, dank der spanischen Inquisition, es Tausende und aber Tausende jüdischer Proletarier gibt; und zwar sind diese jüdischen Arbeiter die am schlimmsten ausgebeuteten und die allerelendesten. Wir haben hier in England in den letzten zwölf Monaten drei Streiks jüdischer Arbeiter gehabt<sup>(81)</sup>, und da sollen wir Antisemitismus treiben als Kampf gegen das Kapital?

Außerdem verdanken wir den Juden viel zuviel. Von Heine und Börne zu schweigen, war Marx von stockjüdischem Blut; Lassalle war Jude. Viele unserer besten Leute sind Juden. Mein Freund Victor Adler, der jetzt seine Hingebung für die Sache des Proletariats im Gefängnis in Wien abbüßt, Eduard Bernstein, der Redakteur des Londoner „Sozialdemokrat“, Paul Singer, einer unserer besten Reichstagsmänner - Leute, auf deren Freundschaft ich stolz bin, und alles Juden! Bin ich doch selbst von der „Gartenlaube“<sup>(82)</sup> zum Juden gemacht worden, und allerdings, wenn ich wählen müßte, dann lieber Jude als „Herr von“!

(Engels, "Über den Antisemitismus", 1890 , MEW 22, S.50/51)



## LENIN: ÜBER DIE POGROMHETZE GEGEN DIE JUDEN

Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden. Als die verfluchte Zarenmonarchie ihre letzten Tage durchmachte, war sie bemüht, unwissende Arbeiter und Bauern gegen die Juden aufzuhetzen. Die Zarenpolizei veranstaltete im Bunde mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten Judenpogrome. Den Haß der von Not gepeinigten Arbeiter und Bauern wollten die Gutsbesitzer und Kapitalisten auf die Juden lenken. Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit, zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen - vom Kapital - abzulenken. Feindschaft gegen die Juden hält sich zäh nur dort, wo die Knechtung durch die Gutsbesitzer und Kapitalisten die Arbeiter und Bauern in stockfinsterner Unwissenheit gehalten hat. Nur völlig unwissende, völlig verschüchterte Menschen können den gegen die Juden verbreiteten Lügen und Verleumdungen Glauben schenken. Das sind Überreste aus den alten Zeiten der Leibeigenschaft, als die Popen die Ketzer auf den Scheiterhaufen verbrennen ließen, als der Bauer versklavt, als das Volk unterdrückt und stumm war. Diese alte feudalistische Unwissenheit geht zu Ende. Das Volk wird sehend.

Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Was die Unterdrückung durch das Kapital anbelangt, sind sie unsere Brüder, im Kampf für den Sozialismus sind sie unsere Genossen. Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten; wie es sie unter den Russen, wie es sie unter allen Nationen gibt. Die Kapitalisten sind bemüht, zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nation, verschiedener Rasse Feindschaft zu säen und zu schüren. Die Nichtarbeitenden halten sich durch die Stärke und die Macht des Kapitals. Die reichen Juden, die reichen Russen, die Reichen

aller Länder unterdrücken und unterjochen im Bunde miteinander die Arbeiter, plündern sie aus und entzweien sie.

Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.

Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationen im Kampf für den Sturz des Kapitals.

(Lenin, Auf Schallplatten aufgenommene Reden, 1919, LW 29, S.239/240)



## STALIN: ÜBER DEN ANTISEMITISMUS

Antwort auf eine Anfrage der Jüdischen Telegrafagentur  
aus Amerika

Hiermit beantworte ich Ihre Anfrage.

Der National- und Rassenchauvinismus ist ein Überrest der menschenfeindlichen Sitten aus der Periode des Kannibalismus. Der Antisemitismus als extreme Form des Rassenchauvinismus ist der gefährlichste Überrest des Kannibalismus.

Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Wege abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus.

In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft.

(Stalin, "Über den Antisemitismus", 1931, SW 13, S.26)



## DER V.WELTKONGRESS DER KOMINTERN ÜBER DEN ANTISEMITISMUS

Der V.Weltkongreß stellte ein "außerordentliches Anwachsen des Antisemitismus" fest und konstatierte,

das

Streben der herrschenden Klassen, die Aufmerksamkeit der werktätigen Massen durch den Antisemitismus von den wahren Schuldigen an ihrer elenden Lage abzulenken und vom revolutionären Kampf zurückzuhalten und macht es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, einen entschiedenen, energischen Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und in ihren Lösungen die unbedingte Beseitigung jeglicher rechtlichen Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung und die Sicherstellung ihrer freien kulturellen Entwicklung zu fordern.

("Resolution des V.Weltkongresses der KI über die nationale Frage in Mitteleuropa und auf dem Balkan", Inprekor Nr.134, 1924, S.1776)

schüren. Es geht angesichts dessen heute auch darum, im Kampf gegen den Antisemitismus und Judenhaß die Haltung der Kommunisten zur Geschichte des Zionismus klarzustellen als Form der bürgerlich-nationalistischen Strömung innerhalb der Juden zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als bürgerliche Reaktion auf den Hitlerfaschismus und heute als Rechtfertigungsideologie des imperialistischen Brückenkopfs Israel.



Der Kampf gegen den Antisemitismus muß bewußt und organisiert verstärkt werden:

"Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät."  
(Lenin)

Die Kommunisten sind "als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus."  
(Stalin)■

ZUR "BESTEN" REDE ANLÄSSLICH DES 8. MAI 1985:

# Der ehemalige Hauptmann der faschistischen Armee und heutige Bundespräsident Weizsäcker zeigt demagogische Fähigkeiten

In allgemeine Jubelrufe brach die Bourgeoisie vieler Länder nach der Rede von Weizsäcker am 8. Mai 1985 aus - ganz zu schweigen von den Ovationen im Inland -, und auch der DKP-Vorsitzende H. Mies scheute sich nicht, zur programmatischen Rede eines Führers des westdeutschen Imperialismus seine Glückwünsche zu telegrafieren. (Die Proteste extremer Faschisten wirkten in dieser Atmosphäre nur wie ein indirektes Lob.)

Angesichts des rapiden Autoritätsverlustes solcher allgemein als Trottel angesehener Figuren wie Kohl stieg in den Medien des westdeutschen Imperialismus eine Figur auf, die sich wegen ihrer demagogischen Fähigkeiten genauer zu betrachten lohnt.

Weizsäcker war vor seinem Amt als Bundespräsident Regierender Bürgermeister von Berlin. In seine Amtszeit fielen nicht nur die Prügelorgien gegen Anti-NATO-Demonstranten und Hausbesetzer, sondern auch die barbarische Verbrennung von Asylanten in einem Gefängnis.

In einer Fernsehdiskussion verstieg er sich (laut Frankfurter Rundschau vom 25.5.1985) gar zu der These: "Die Ausländerfeindlichkeit in der BRD hat abgenommen." Und er behauptete, "es sei unzutreffend, daß sich die Ausländergesetze verschärft hätten."

Zur Zeit des Hitlerfaschismus war Weizsäcker in dem "berühmten preußischen Infanterieregiment 9 in Potsdam. Er kämpfte in Polen, Frankreich und Rußland... In den letzten Kriegstagen wur-

de Weizsäcker, inzwischen Hauptmann, ... wegen besonderer Tapferkeit für die Ernennung im 'Ehrenblatt des Heeres' vorgeschlagen."

(Bild vom 7.5.1985)

Nach dem Krieg betätigte er sich als V e r t e i d i g e r seines Vaters (Staatssekretär in Hitlers Auswärtigem Amt), der als Kriegsverbrecher von den Alliierten zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Eben dieser Weizsäcker zeigte in seiner Rede zum 8. Mai, wie man nicht nackt und plump auftritt, sondern wie man für jeden etwas zum besten gibt, wie man Revanchismus, Militarismus, Antikommunismus und Geschichtsfälschung, kurz die Palette der für den westdeutschen Imperialismus nötigen Propaganda, heute "am besten verkauft".

Die Rede erwies sich angesichts der Zustimmung von CDU über SPD, GRÜNEN bis zum Lob der DKP (\*) als sozusagen d i e programmatische Erklärung des westdeutschen Imperialismus. Diese Rede wird in 900.000 Exemplaren gedruckt und auf Schallplatte gepreßt, in 10.000 Exemplaren als Lehr- und Lernmaterial an die Schulen verschenkt.

Sie enthält einige besonders typische Argumentationen der westdeutschen Bourgeoisie auf der Basis gewisser Z u g e s t ä n d n i s s e an den Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit. Eben diese Zugeständnisse (die ein paar Sätze

---

(\*) Siehe die Fußnote auf der nächsten Seite.

später wieder zurückgenommen werden) sollten den S c h e i n einer fortschrittlichen, gar antifaschistischen Rede erwecken.

Und gerade das ist diese Rede nicht !

Die Zustimmung und das Lob erkaufte sich Weizsäcker durch das geschickte Einstreuen von - isoliert gesehen - durchaus richtigen Thesen, die - würde man sie für sich nehmen - angesichts der forcierten allseitigen Geschichtslügen ein Gegengewicht bilden k ö n n t e n . Solche Thesen (wir wollen sie vollständig aufzählen) sind zweifellos folgende:

- o "Der 8.Mai war ein Tag der Befreiung."
- o "Wir gedenken...vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben."
- o "Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten."

o "Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden."

o "Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion."

o "Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes,... des Widerstandes der Kommunisten."

Diese Passagen sind der geschickt berechnete Tribut an die antifaschistischen Traditionen vor allem der Völker der Anti-Hitler-Koalition.

Außenminister Genscher lobte daher die Rede im Hinblick auf die große Resonanz, die sie im Ausland erhalten habe und im Hinblick darauf,

"wie wichtig und notwendig sie im nationalen Interesse der Deutschen gewesen sei." (Frankfurter Rundschau, 18.5.1985)

Direkt faschistische Ideologen wie die Zeitschrift "Der Schlesier" polemisieren gegen Weizsäckers Rede, was ihm um so mehr einen Glorienschein verschaffte.

Fußnote von der vorherigen Seite:

(\*) Die DKP hat durch ihren Vorsitzenden Herbert Mies dem Herrn von Weizsäcker einen Brief voller Lobeshymnen auf seine Rede zukommen lassen. Ohne mit einem einzigen Wort auf jene Thesen einzugehen, die Weizsäckers Rede als imperialistisch und revanchistisch kennzeichnen, auch wenn es bei Mies heißt, daß es "zahlreiche Punkte gibt, wo wir anderer Meinung sind", wird der Hoffnung Ausdruck gegeben,

"daß der Bundespräsident mit dem Gewicht seines Amtes dazu beiträgt, antikomunistische und antisowjetische Feindbilder in unserem Land zu überwinden." (UZ, 14.5.1985)

Bei Mies heißt es weiter:

"Mit großem Interesse haben wir Ihre Ansprache bei der Gedenkstunde aus Anlaß des 40.Jahrestags der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8.Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages verfolgt. Sie haben Feststellungen getroffen, die in unserem Land und weltweit Beachtung finden." (UZ, Nr.102, 29.5. 1985, Beilage S.50)

Diese opportunistische Anbiederei an einen Spitzenpolitiker des westdeutschen Imperialismus geht im weiteren Verlauf der Rede von Mies einher mit der Propagierung des sowjetischen Sozialimperialismus heute, der gleichgesetzt wird mit der heroischen sozialistischen Sowjetunion Stalins damals.

Die Atmosphäre in Westdeutschland ist heute so muffig und reaktionär, daß eine solche Rede wie die Weizsäckers, eine etwas raffinierte mit Zugeständnissen garnierte Rede im CDU-Format, unter den sogenannten "Linken" begeistert gefeiert wird (Siehe z.B. Otto Schily im Fernsehinterview "Was nun, Herr Schily?" am 8. August 1985, in dem er von der "hervorragenden" Rede sprach. Oder auch - nicht etwa ironisch gemeint - folgende Einschätzung: "Ein führender Politiker der Grünen spricht von einem 'Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte' und erklärt: 'Sie haben mit Ihren Worten den Deutschen einen großen Dienst erwiesen... Sie sind der einzige Lichtblick in diesem unserem Lande...'" Frankfurter Rundschau vom 17.7.1985)

Schaut man sich aber diese Rede genauer an, dann wird klar, daß sowohl die Begeisterungstürme etwaiger "Linker" als auch die Befürchtungen der Hupkas und des "Schlesiers" völlig unberechtigt sind. Denn richtig verpackt und genau dosiert werden die oben aufgezählten Thesen nicht nur im Verlauf der Rede neutralisiert, sondern überdeckt durch das in dieser Rede enthaltene ganze Programm des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus.

Nehmen wir einige zentrale programmathe Aussagen etwas genauer unter die Lupe !

```

+++++
+ 1. Geschichtsbewertung à la +
+ Weizsäcker: " U n s e r +
+ Schicksal lag in der Hand +
+ der F e i n d e." +
+++++

```

Daß der Hauptmann der faschistischen Wehrmacht seinem Fahnen-  
eid auf Hitler nicht nur bis  
zum 8. Mai 1945 treu blieb, son-  
dern auch heute noch seiner Of-  
fiziersideologie treu bleibt und

an die negativsten Gefühle und Instinkte seiner "Kameraden" ap-  
pelliert, zeigt sich an seiner  
Darstellung der Niederlage des  
deutschen Imperialismus am 8.  
Mai 1945. Es fällt ihm zwar ge-  
rade noch ein, den 8. Mai als  
"Tag der Befreiung" zu titulie-  
ren, danach aber kommt, was die-  
ses Datum für ihn in Wirklich-  
keit war:

| "Unser Schicksal lag in der  
| Hand der Feinde."

Oh ja, die Feinde der Faschi-  
sten und Kriegsverbrecher, die  
Feinde jener, die bis zur letz-  
ten Minute dem faschistischen  
Staat die Stange hielten.

Aber "unsere Feinde", also die  
Feinde der ganzen Bevölkerung,  
für die Herr Weizsäcker ja als  
Bundespräsident zu sprechen  
vorgibt, waren diejenigen, in  
deren Hand das Schicksal lag,  
eben n i c h t . Sie waren  
vielmehr Freunde und Befreier  
z.B. der Gefangenen in den Kon-  
zentrationen. Es ist kaum  
zu glauben, daß 40 Jahre nach  
Kriegsende die Befreier nach  
wie vor als "unsere Feinde" be-  
zeichnet werden können - aber  
es ist andererseits nur lo-  
gisch bei einem Repräsentanten  
des westdeutschen Imperialismus,  
Militarismus und Revanchismus  
wie Weizsäcker, der diese Posi-  
tionen lediglich anders ver-  
packt als Leute vom Schlage  
Dreggers und Co.

```

+++++
+ 2. Die Lüge vom "guten +
+ Glauben" +
+++++

```

Herr Weizsäcker spricht:

| "Die meisten Deutschen hat-  
| ten geglaubt, für die gute  
| Sache des eigenen Landes zu  
| kämpfen und auch zu leiden."

Die meisten Deutschen konnten  
dies spätestens nach dem Ein-  
marsch in jene Länder, die



selbst Hitler nicht als deutsch bezeichnet hatte, auf gar keinen Fall glauben. Diese klassische Geschichtslüge vom "gutgläubigen", "anständigen" Kameraden hat Weizsäcker an anderer Stelle schon selbst widerlegt, als er davon sprach, daß wer wollte, von den Judenvernichtungen wußte. Und gab es jemanden, der n i c h t wußte, daß Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte?

Stalin erklärte sehr treffend 1942:

- \*"Kein deutscher Soldat kann
- \*sagen, er führe einen gerech-
- \*ten Krieg, denn er, muß unbe-
- \*dingt sehen, daß er gezwun-
- \*gen wird, Krieg zu führen,
- \*um andere Völker auszurauben
- \*und zu unterdrücken."
- \*(Stalin, "Befehl des Volks-
- \*kommissars für Verteidigung
- \*Nr.55, 1942, SW 14, S.266)

+++++  
+ 3. Trauer um a l l e Toten? +  
+++++

Unter der Überschrift "Trauer um alle Toten" heißt es:

"Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen, in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind."

Also Trauer um die gefallenen SS-Leute, die zu recht hingerichteten Kriegsverbrecher usw. usf. - das ist der Inhalt dieser "deutschen Trauer um alle Landsleute". Dieses Verwischen der Fronten bedeutet, Trauer zu verordnen z.B. für jene faschistischen Schergen, deren Tod bei jedem ehrlichen Menschen nur ein Gefühl der Freude und Erleichterung auslösen kann !

In dieser Passage wird auch deutlich, daß der Besuch der

SS-Gräber in Bitburg völlig auf der Linie eines Weizsäcker liegt, der die plumpen Aussagen anderer Politiker lediglich geschickter, mit moralischem Weihwasser über die Trauer um die Toten verbrämt.

+++++  
+ 4. Der 8.Mai 1945: Befreiung +  
+ oder Knechtung des deut- +  
+ schen Volkes? +  
+++++

Weizsäcker behauptet:

"Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden:das eigene deutsche Volk."

Diesen Satz muß man mehrmals lesen, um seinen Sinn zu verstehen. Am Ende? Gequält und geknechtet? Wer, um Herrn Weizsäcker zu verteidigen, einwendet der Herr Bundespräsident meine, H i t l e r habe das deutsche Volk "gequält und geschändet" wird damit nicht weit kommen. Weizsäcker läßt ganz bewußt zunächst offen, w e r denn nun "am Ende" das deutsche Volk "gequält und geschändet" habe.

Aber es ist doch unbestreitbar, daß dieser Satz zweifelsfrei bedeutet, daß "am Ende" das Unglück des deutschen Volkes begann, also das K r i e g s - e n d e angeblich einherging mit der Schändung und Knechtung des deutschen Volkes.

Von der "Befreiung", die Weizsäcker am Anfang seiner Rede angeblich anerkennt, ist nun nichts mehr zu finden.

Und unter der Hand wird dieser Sieg über den Hitlerfaschismus nun doch zum verhängnisvollen Schicksalsschlag für das deutsche Volk umgemünzt. Der Stoßseufzer "Ach, wenn wir doch den Krieg gewonnen hätten..." wird gerade noch unterdrückt.

Hier wird der Preis der Unterstützung des Hitlerfaschismus

durch die Mehrheit des deutschen Volkes, nämlich Umsiedlung, Reparationen, Demontage, Kriegsgefangenschaft für die bis zum Schluß hitlertreuen Soldaten, umgefälscht zu Qual, Knechtung und Schande - kurz zu "Unrecht". Damit wird das gerechte Potsdamer Abkommen abgelehnt, das von Weizsäcker (sicher nicht aus Zufall) in seiner Rede mit keinem Wort erwähnt wird. Das Potsdamer Abkommen hat in Wirklichkeit nicht Gleiches mit Gleichem vergolten, wie es Geschichtsverdrehen à la Weizsäcker hinstellen, die vertreten: Jeder hat sein Fett bekommen. Erst waren die anderen Völker die Opfer, dann unser deutsches Volk. Erst wurden die anderen gequält und am Ende wir. Im Gegenteil, das Potsdamer Abkommen hat dem deutschen Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte die Chance zu einer wirklich demokratischen Entwicklung ermöglicht. Doch das kann ein Herr von Weizsäcker, Vertreter der Diktatur der Bourgeoisie, natürlich nicht akzeptieren. Er sieht die gesamte Situation des vom Faschismus befreiten deutschen Volkes durch die Brille des Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus.

Sollte es daran noch Zweifel geben, so räumt Weizsäcker sie im Grunde selbst aus, wenn er davon spricht, daß "wir zu Opfern" wurden, und dann faktisch die Maßnahmen der Siegermächte beschreibt und kommentiert:

"Bei uns selbst wurde das schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und Unrecht widerfahren."

Ohne Wenn und Aber wird hier von dem Revanchisten Weizsäcker das Potsdamer Abkommen der antifaschistischen Koalition als "Unrecht" behandelt.

+++++  
+ 5. Verleumdung der sozialisti- +  
+ schen Sowjetunion Stalins +  
+++++

Weiter heißt es bei Weizsäcker:

"Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens. Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete ... Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen."

Diese sozusagen klassische Lüge der Imperialisten aller Länder darf selbstredend in dieser - von der DKP (!!!) gelobten - Rede nicht fehlen. Wir können dieser Lüge mit einem Auszug aus der Broschüre "Geschichtsfälscher" der damaligen sowjetischen Genossen am besten antworten. Dort heißt es:

"Es wäre eine grobe Verleumdung, wenn man behaupten wollte, daß der Abschluß eines Paktes mit den Hitlerfaschisten zum außenpolitischen Plan der UdSSR gehört hat. Im Gegenteil, die UdSSR war dauernd bestrebt gewesen, zu einem Abkommen mit den nichtaggressiven Weststaaten gegen die deutschen und italienischen Aggressoren zu gelangen, um auf der Grundlage der Gleichheit die kollektive Sicherheit zu verwirklichen.

Ein Abkommen aber ist ein Akt der Gegenseitigkeit. Während die UdSSR ein Abkommen über die Bekämpfung der Aggression anstrebte, lehnten England und Frankreich ein solches systematisch ab, da sie es vorzogen, eine Politik der Isolierung der UdSSR, eine Politik der Konzessionen an die Aggressoren, eine Politik der Ablenkung der Aggression nach Osten, gegen die Sowjetunion, zu betreiben. Die Vereinigten Staaten von

Amerika unterließen es nicht nur, einer solchen verhängnisvollen Politik entgegenzuwirken, sondern ließen ihr, im Gegenteil, jede Unterstützung angedeihen."

Unter diesen Umständen hatte die Sowjetunion die Wahl,

"entweder zum Zwecke des Selbstschutzes den von Deutschland vorgeschlagenen Abschluß eines Nichtangriffsvertrages anzunehmen und dadurch der Sowjetunion noch für eine bestimmte Zeit den Frieden zu sichern, der vom Sowjetstaat für eine bessere Vorbereitung seiner Kräfte zur Abwehr eines eventuellen Aggressorenüberfalls ausgenutzt werden konnte,

oder den von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffspakt abzulehnen und es dadurch den Kriegsprovokateuren aus dem Lager der Westmächte zu ermöglichen, die Sowjetunion sofort in einer für sie unvorteilhaften Situation, in der sie völlig isoliert gewesen wäre, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland hineinzuhetzen...

Gewiß, Geschichtsklitterer und sonstige Reaktionäre sind unzufrieden damit, daß es der Sowjetunion gelang, den sowjetisch-deutschen Pakt geschickt zum Ausbau ihrer Landesverteidigung auszunutzen, daß es ihr gelang, ihre Grenzen weit nach Westen vorzuverlegen und dem unbehinderten Vormarsch der deutschen Aggressoren nach Osten den Weg zu versperren, daß die Hitlertruppen ihre Offensive nach Osten nicht von der Linie Narwa-Minsk-Kiew beginnen konnten, sondern von einer hunderte Kilometer weiter westlich liegenden Linie, daß die UdSSR im Vaterländischen Krieg nicht verblutete, sondern aus dem Kriege als Sieger hervorgegangen ist."

("Geschichtsfälscher - Eine historische Richtigstellung", veröffentlicht vom Informationsbüro der Sowjetunion, 1946, S.40-42)

Auch wenn die Sowjetunion heute eine imperialistische Großmacht ist, muß die damals richtige Politik, die nichts mit imperialistischen Interessen zu tun hatte, unbedingt verteidigt werden.

+++++  
+ 6. Drohung: Das letzte Wort +  
+ ist noch nicht gesprochen! +  
+++++

Diese Drohung des höchsten Würdenträgers des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus bei seinem kürzlichen Staatsbesuch in Holland: "Die Teilung Europas ist nicht das letzte Wort!" (Frankfurter Rundschau, 1.6.1985) hörte sich in seiner Rede anläßlich des 8.Mai so an:

"Wir haben die Zuversicht, daß der 8.Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist."

Auch das muß man zweimal lesen! Und zum besseren Verständnis des w a h r e n Sinns dieser versteckten Drohung, nämlich, daß die Niederlage des 8.Mai "nicht das letzte Wort" der westdeutschen Imperialisten war, ziehen wir die Einschätzung hinzu:

"Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihren schweren Grenzen."

Gegen diesen Zustand propagiert Weizsäcker das Programm des westdeutschen Imperialismus von der sogenannten "europäischen Friedensordnung".

Bekanntlich bedeutet dieses von Weizsäcker verwendete Schlagwort die Ausdehnung des Machtbereichs des imperialistischen Teils Europas auf den heute hauptsächlich sozialimperialistisch beherrschten Teil Europas im Osten. Und bekanntlich bedeutet "europäische Friedensordnung" daher in der Realität Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, da der eine imperialistische Räuber vom anderen keinesfalls friedlich Teile des Imperiums erhalten wird.

Diese "europäische Friedensordnung" beinhaltet weiterhin die führende, ja beherrschende Rolle des westdeutschen Imperialismus gegenüber den anderen europäischen Großmächten und erst recht gegenüber den anderen westeuropäischen Ländern.

#### Zur "Rolle der Deutschen"

führte Weizsäcker ergänzend zu seiner Rede am 8. Mai auf dem 21. evangelischen Kirchentag aus:

"Die Rolle der Deutschen - Übereinstimmung schaffen, a l l e die unterschiedlichen Nationen, die sie umgeben, s p ü r e n zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind." (Frankfurter Rundschau vom 10.6.85)

Das klingt sehr vornehm, scheint sich gar in allgemeinen Phrasen des "Aufeinander-angewiesen-Seins" aufzulösen. Aber es geht eben nicht um allgemeine Lebensweisheiten, sondern darum, daß Herr Weizsäcker ausgerechnet die Rolle der Deutschen beschreibt, deren Mission angeblich eben darin besteht, ihre N a c h b a r n spüren zu lassen, daß sie ohne Deutschland nicht leben können, also abhängig sind.

Der großdeutsche Hegemonismus, seine Nachbarn " s p ü r e n zu lassen", daß sie auf "die Deutschen" angewiesen sind, das ist "europäische Friedensordnung" à la Weizsäcker, in der Tradition des deutschen Imperialismus, der ja bis zuletzt seine Demagogie perfektionierte, zunächst mit friedlichen Mitteln die anderen seine Macht "spüren zu lassen", ehe er dann jene, die nicht hören wollten, fühlen und spüren ließ, was die Rolle der Deutschen darstellt!

+++++  
+ 7. Lügen über Westdeutschland +  
+++++

Bundespräsident Weizsäcker kann seine Rede nicht beschließen, ohne ein Hohelied auf den westdeutschen Imperialismus, dessen Politik nach innen und nach außen zu singen:

Ausbeutung anderer Völker, von Brasilien bis zur Türkei? Gott bewahre!

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickeltesten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen."

Notstandsgesetze? Faschisierung im Innern durch Verschärfung des Demonstrationsrechts, von der rechtlosen Situation der Arbeiter aus anderen Ländern, die in Westdeutschland leben, ganz zu schweigen?!? Gott bewahre nochmals:

"Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute."

Und schließlich: Zunehmende Verelendung bei über 2 Millionen Arbeitslosen? Senkung der sozialen Leistungen an allen Ecken? Alles nicht wahr! Gott bewahre zum dritten:

"Ein dichtes soziales Netz ... sichert die Lebensgrundlage der Menschen."

Na, dann ist ja alles in bester, in deutscher Ordnung!



Es bleibt abschließend festzustellen, welche gewaltige Rolle die **D e m a g o g i e** bei der Aufrechterhaltung der imperialistischen Ordnung, bei der Niederhaltung der Masse der Werktätigen in Westdeutschland spielt.

Die Rede Weizsäckers ist das **M u s t e r** einer solchen Demagogie, deren Wirkung sich nicht darauf beschränkt, daß eine halbe Million Menschen sie gelesen oder gehört hat. Sie ist vielmehr die Vorlage für das Netz von großen und kleinen Demagogen, von Partei-

politikern über Pfarrer bis zu den Lehrern, die das Gift der "deutschen Ideologie" verbreiten, um den notwendigen Krieg gegen die deutschen Zustände durch die Arbeiterklasse zu verhindern. Der Kampf gegen diese Ideologie in all ihren Erscheinungsformen ist untrennbarer Teil der Vorbereitung der proletarischen Revolution in Westdeutschland, die allein endgültig der verfluchten Tradition des deutschen Imperialismus und Faschismus ein Ende bereiten kann.■



## Wer die VERBRECHEN des westdeutschen Imperialismus heute nicht bekämpft, macht sich mitschuldig!

Für die Politik Hitlers wurde nach seinem Sturz das deutsche Volk von den Völkern der Welt für mitverantwortlich erklärt. Und zu Recht!

Und viele Jugendliche der Nachkriegsgeneration stellten ihren Eltern und Erziehern die berechnete Frage: "Was habt ihr damals getan? Warum habt ihr mitgemacht? Warum habt ihr geschwiegen?"

Dieselben Fragen muß man heute an die Bevölkerung Westdeutschlands stellen, und diesmal geht es um die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus.

Natürlich ist die Masse der West-

deutschen nicht hauptverantwortlich für die imperialistischen Kriege, das Elend und den Hunger in der Welt. Das sind und bleiben die herrschenden Ausbeuterklassen aller Länder. Aber das Volk in Westdeutschland läßt wiederum und weiterhin eine große Mitschuld auf sich, wenn es vor den Verbrechen des westdeutschen Imperialismus heute die Augen verschließt und nichts dagegen unternimmt. Dabei ist die Liste seiner Verbrechen zu lang, als daß sie hier vollständig aufgeführt werden könnte.

Beginnen wir mit dem, was vor 40 Jahren noch für viele undenkbar war, aber heute wieder bittere Realität ist:

### DEUTSCHE WAFFEN UND DEUTSCHES GELD MORDEN MIT IN ALLER WELT

Nach zwei verlorenen Weltkriegen und dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur ist dem westdeutschen Imperialismus in relativ kurzer Zeit gelungen, eine mächtige imperialistische Armee aufzubauen - die zweitstärkste innerhalb der NATO - und eine eigene Waffenschmiede, um sich selbständig mit modernsten, hochtechnisierten Waffen ausrüsten zu können, bis hin zu Atomwaffen.

Die Bundeswehr, die in Tradition und Geist der faschistischen Wehrmacht steht, wurde angeblich als "Verteidigungsarmee" aufgebaut. Doch schon einige Jahre später wurde durch die "Notstandsgesetze" legalisiert, daß die Bundeswehr auch gegen das eigene Volk eingesetzt werden

kann - sprich zur Niederschlagung von möglichen Aufständen und Revolutionen in Westdeutschland, falls dann Bundesgrenzschutz und 200 000 Mann Polizei nicht mehr ausreichen.

Der Propaganda von der angeblichen "Verteidigungsarmee" kann man aber auch in anderer Hinsicht keinen Glauben schenken..

### DIE BUNDESWEHR IST IMMER OFFENER AUCH AUSSERHALB DER GRENZEN DER BRD "AKTIV"

Die Bundeswehr führt Militärmanöver in aller Welt durch, sie übt den Krieg und bereitet sich so systematisch auf lokale und welt-

weite imperialistische Eroberungskriege zwecks Neuaufteilung der Welt vor. Denn was hat sie sonst in diesen Ländern zu suchen?

So wurde 1983 im kurdischen Teil der Türkei ein Bundeswehrmanöver durchgeführt, um den faschistischen Terrorfeldzug der türkischen Armee gegen die Freiheitskämpfer in Kurdistan planmäßig vorzubereiten und abzusichern. Die Bundeswehr baut ihre Luftwaffenstützpunkte in Beja/Portugal und auf Kreta aus. Und die westdeutsche Kriegsmarine führt Flottenmanöver im Indischen Ozean durch. Sie überschreitet damit bewußt NATO-Grenzen, wie zuletzt 1984, aber auch schon früher geschehen.

Ein herausragendes Ereignis in dieser Entwicklung, das immer wieder ins Bewußtsein gerufen werden muß, waren die Vorgänge in Somalia: Als 1977 Palästinenser eine Verkehrsmaschine mit deutschen Urlaubern von Mallorca aus nach Somalia entführten, setzte die damalige SPD/FDP-Regierung ein Signal. Mit Einwilligung der Kompradorenregierung von Somalia führte die Bundesgrenzschutzelitegruppe GSG 9 eine militärische Blitzaktion in Mogadischu - wohl zum Schutze der "deutschen Grenzen" in Afrika - durch. Westdeutsche Terrorspezialisten vollzogen nun auch außerhalb der bundesdeutschen Grenzen, was sie bereits beim Blutbad von Fürstentfeldbruck anlässlich der Olympiade 1972 an 5 Mitgliedern der palästinensischen Organisation "Schwarzer September" und deren Geiseln vorexerzierten: Sie erschossen drei Palästinenser! Damit wurde ein Tor aufgestoßen, das bis vor kurzem, angesichts der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, für viele verschlossen schien:

\* Militärische Aktionen in fremden Ländern!

Ähnliche Aktionen gegen andere Länder sollen nun nicht mehr den Beigeschmack von Aggression haben, denn durch Mogadischu wurde vor aller Öffentlichkeit klargemacht, daß der westdeutsche Imperialismus "n u r im Interesse der Deutschen" schießt und tötet, ging es doch schließlich um die Rettung deutscher Urlauber. So kann es morgen bei einem größeren militärischen Einsatz darum gehen, statt "normaler" Urlauber "deutschstämmige" Farmer aus Namibia, Südafrika, Brasilien, Bolivien oder Paraguay "herauszuhauen", um zu verhindern, daß diese von einer revolutionären Massenbewegung ihre gerechte Strafe für ihren Rassismus, ihre Ausbeutung und Unterdrückung erhalten.

Derartige Operationen wie in Mogadischu sind Vorbereitung auf künftige militärische Operationen und Aggressionen größeren Ausmaßes. Sie bereiten den "deutschen Beitrag" zum Export der Konterrevolution, zur "Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit" des westdeutschen Imperialismus vor bei dessen weltweiter Expansion, Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, sei es in Namibia, Südafrika, in der Türkei, im Irak oder Iran, in Indien, Brasilien oder anderswo.

Am Beispiel der Türkei:  
UNTERSTÜTZUNG FASCHISTISCHER  
REGIMES BEI DER NIEDERSCHLAGUNG  
REVOLUTIONÄRER MASSEN-  
BEWEGUNGEN

Im September 1980 wurde von den Ausbeuterklassen der Türkei eine faschistische "Machtübernahme" der Militärs inszeniert, die vom westdeutschen Imperialismus allseitig unterstützt wurde, ohne selbst offen eingreifen zu müssen. Der westdeutsche Imperialismus war einer der Drahtzieher dieses "Militärputsches", standen doch die Verschärfung der faschi-

stischen Diktatur, die Niederschlagung der Massenstreiks der Arbeiter und das Verbot ihrer Gewerkschaften, die Verfolgung der antifaschistischen und antiimperialistischen Massenbewegung, die Zerschlagung aller revolutionären Organisationen, die Einkerkierung, Folterung und Ermordung ihrer Mitglieder. in seinem imperialistischen Ausbeuterinteresse.

Macht und seinen Einfluß absichern und ausbauen. Deshalb will der westdeutsche Imperialismus auch in abhängigen Ländern wie der Türkei und anderswo die herrschenden Klassen an der Macht halten, denn mithilfe dieser reaktionären Klassen kann er seine Ziele am besten verfolgen.



Antifaschisten in der Türkei

Politische Stabilität, Ruhe und Ordnung um jeden Preis - wenn es sein muß auch durch Verschärfung der offen faschistischen Diktatur - das liegt im Interesse des westdeutschen Imperialismus in der Türkei wie in allen anderen Ländern, in die er eingedrungen ist bzw. seine Expansion vorantreiben will. Denn der westdeutsche Imperialismus will u n g e s t ö r t seine Ausbeutung der Arbeiter und anderen Werktätigen, aus denen er traumhafte Profite und Zinsen für das Finanzkapital saugt, fortsetzen und verstärken, er will weiterhin die Rohstoffe ausplündern und seine Absatzmärkte ausdehnen, er will mit Militärhilfen und sonstigen Finanzhilfen seine ökonomische, politische und militärische

saugen zu können. Deshalb vermeidet er nach Möglichkeit heute n o c h offene militärische Aktionen und Überfälle, was nicht heißen soll, daß er dazu nicht heute schon fähig wäre oder daß er solche nicht jederzeit durchführen wird, wenn es in seinem Interesse ist!

UNTERSTÜTZUNG FASCHISTISCHER  
REGIMES ÜBERALL AUF DER WELT  
DURCH WAFFEN UND MILITÄR-  
BERATER

Der westdeutsche Imperialismus sichert heute seine ökonomischen und politischen Einflußsphären hauptsächlich durch enge militärische Zusammenarbeit, durch Waf-

Der westdeutsche Imperialismus ist allerdings daran interessiert, die Maske des "friedliebenden", "demokratischen" und "vernünftigen" Imperialismus, der mit den Greueln des Hitlerfaschismus angeblich ebenso wenig zu tun hat, wie mit dem blutrünstigen Gesicht der alten Kolonialherren, nach außen hin aufrechtzuerhalten, um die Völker durch diesen Betrug um so reibungsloser aus-

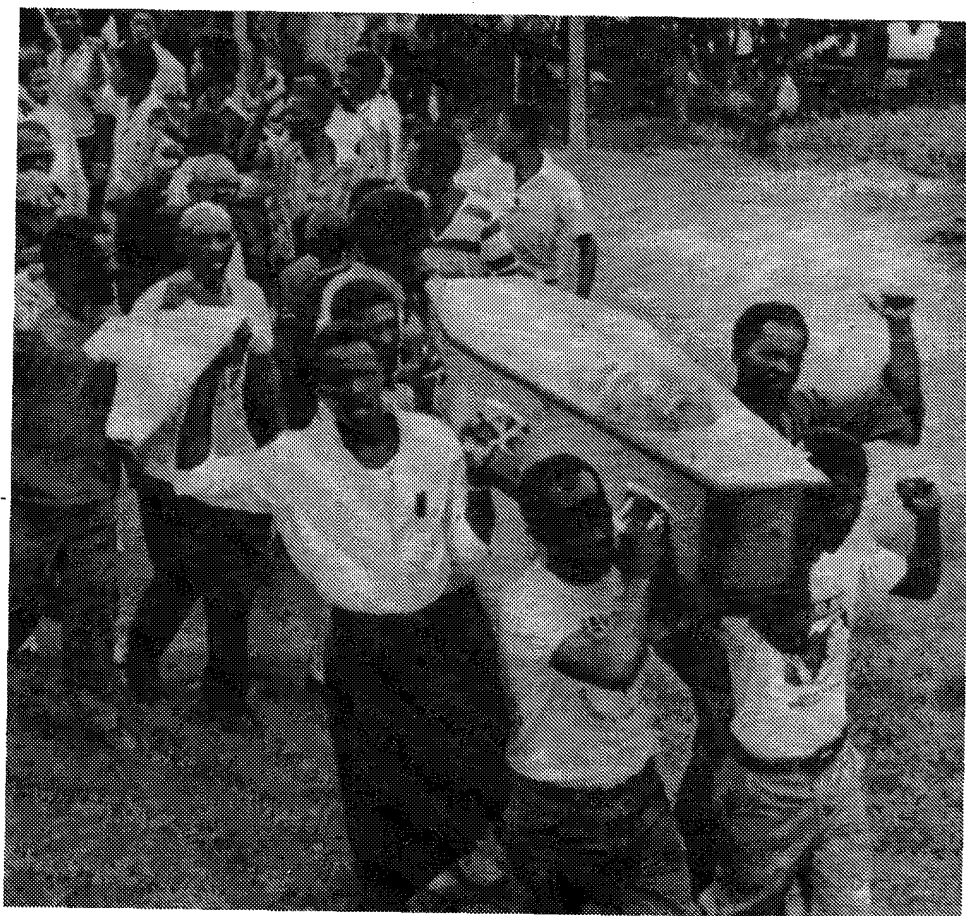


fenlieferungen, durch militärische Beratung und Ausbildung usw. in vielen Ländern. Westdeutsche Militärexperten und "Anti-Terror-Spezialisten" sind für die Ausbildung faschistischer Armeen und Polizeieinheiten sehr gefragt, so in Ländern Südamerikas wie Chile, Brasilien, Argentinien, Peru oder in arabischen Ländern wie Ägypten, Saudi-Arabien, in der Türkei oder in Südafrika; oder es werden Offiziere und Soldaten aus diesen Ländern hier in Westdeutschland an den Bundesweherschulen "weitergebildet". Auf diese Weise wird der politisch-militärische Einfluß des westdeutschen Imperialismus ohne größeres Aufsehen weltweit ausgedehnt.

Der westdeutsche Imperialismus ist inzwischen zu einem der größten Waffenexporteure der Welt geworden - nach den USA,

der UdSSR und Frankreich. Nach amtlichen Angaben wurden 1983 Rüstungsexporte in Höhe von 8,6 Milliarden DM genehmigt, wobei sich die Lieferungen teilweise über mehrere Jahre verteilen. Die tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen im engeren Sinn werden von offizieller Seite auf jährlich knapp 2 Milliarden DM Anfang der 80er Jahre geschätzt, hauptsächlich Schnellboote, U-Boote und Fregatten (siehe Frankfurter Rundschau vom 18.2.1985). Allerdings werden in der Bonner Statistik jene erheblichen Waffenexporte nicht berücksichtigt, die aus Gemeinschaftsproduktion mit anderen Ländern stammen und von dort aus geliefert werden wie das deutsch-französische Flugzeug "Alpha-Jet" oder die Raketen "Hot" und "Milan".

Die militärische Unterstützung des Rassistenregimes in Südafrika durch die westdeutschen Imperialisten ist vielfältig, langjährig und von großem Umfang. Trotz aller Dementis der Bundesregierung, ganz gleich ob unter Brandt, Schmidt oder Kohl, werden Waffen geliefert und wird militärisch zusammengearbeitet. Erst kürzlich ist die Lieferung von 5 Militärhubschraubern von MBB gemeldet worden, die direkt bei der "Bekämpfung von Unruhen" eingesetzt werden sollen. (FR vom 21.6. 1985).



Beerdigung eines von der Polizei erschossenen Schwarzen in Port Elisabeth, 1985

## WAFFENGESCHÄFTE DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN - EINE AUSWAHL

+ Bekannt geworden sind die U-Boot-Lieferungen an C H I L E, die trotz Protestes gegen die Unterstützung des blutbefleckten Pinochet-Regimes auch unter der SPD-Regierung weitergebaut wurden.

+ U-Boote aus westdeutscher Produktion ersetzen die Verluste A R G E N T I N I E N S im Falkland-Krieg, während B R A S I L I E N und I N D I E N deutsche U-Boote bestellen wollen.

+ Nicht verheimlicht wurden auch die Panzerlieferungen an die T Ü R K E I, die dazu dienten, Arbeiterdemonstrationen und revolutionäre Widerstandsbewegungen gegen die faschistische Militärdiktatur niederzuschlagen. Mit finanzieller Unterstützung der westdeutschen Imperialisten wurde inzwischen eine Panzerfabrik im Nordwesten der Türkei gebaut, wo auch in Lizenz westdeutsche "Leopard"-Panzer montiert werden.

+ Zugleich vereinbarte die Türkei eine Rüstungskooperation mit A G Y P T E N und S A U D I - A R A B I E N, so daß auf diesem Wege die wegen der guten Beziehungen zu Israel bisher bestehenden "politischen Hemmungen" der Bonner Regierung, große Panzer-Geschäfte mit den arabischen Staaten abzuschließen, galtant umschifft werden können.

+ Bundeskanzler Kohl hatte bereits Anfang 1984 die Kritik Israels an dem mit S A U D I - A R A B I E N abgeschlossenen Vertrag über eine politische und militärische Zusammenarbeit zurückgewiesen und darauf bestanden, daß "die Bundesrepublik ein wichtiger Teil des westlichen Bündnisses (sei) und daher eigene Interessen am P E R S I - S C H E N G O L F verteidigen (müsse)" (FAZ vom 30.1.1984).

Diese Interessen werden zunächst über Waffenlieferungen wahrgenommen, wodurch die arabischen Länder von technischem Know-How und westdeutschen Militärberatern und Technikern abhängig gemacht werden. So ist im Februar 1984 ein Kampfpanzer-Projekt zur Ausstattung der ägyptischen Armee bekannt geworden, wozu Daimler-Benz die Dieselmotoren und Thyssen-Henschel die Stahlplatten liefern soll. Als Mannschaftstransportwagen für den "defensiven" Einsatz deklariert kann der Panzerwagen auch als Munitions- und Raketentransporter, fahrbare Kommandozentrale oder Aufklärungs-

fahrzeug eingesetzt werden, ist gegen chemische und bakteriologische Waffen geschützt und eignet sich gut zum Einsatz bei Unruhen und Aufständen. Arabische Golfländer wie K A T A R, B A H - R E I N, J O R D A N I E N und die A R A B I S C H E N E M I R A T E haben sich bereits für einen Test interessiert, um ihre Armeen und Polizeitruppen damit auszurüsten. (Angaben siehe TAZ vom 15.1.84.)

+ Die Kämpfer der West-Sahara-Befreiungsfront POLISARIO wurden z.B. von Flugzeugen aus westdeutscher Produktion bombardiert, die M A R O K K O in Kampfmaschinen umgewandelt hatte.

+ Westdeutsche Waffen dürfen auch im Krieg I R A N / I R A K nicht fehlen. Der Weiterbau von U-Booten für den Iran wurde problemlos genehmigt. Deutsche G3-Sturmgewehre hatten ihren Anteil an den mindestens schon 300 000 Toten dieses Krieges, denn eine Fabrik von Heckler & Koch produziert diese Gewehre schon seit Schah-Zeiten im Iran. Lastwagen von Daimler-Benz rollen auf beiden Seiten für den Krieg. Seit längerem bemüht sich der Iran um den argentinischen Kampfpanzer TAM, der mit westdeutscher Hilfe dem Panzer "Marder" nachgebaut wird. 9 Raketen, die kürzlich Bagdad vom Iran aus bombardierten, sind vermutlich aus iranischer Eigenproduktion, die Mitte der 70er Jahre unter Führung westdeutscher Militärexperten entwickelt wurden. (Aus: "Middle East Economic Digest", 12. 4. 85)

+ Der I R A K hatte es offenbar auch nicht schwer, sich 24 bundesdeutsche Kampfhubschrauber von Messerschmidt-Bölkow-Blohm zu beschaffen, die zunächst "zivil" ausgestattet und dann von der spanischen Firma, an der MBB beteiligt ist, montiert und mit Waffen ausgerüstet werden. Ebenso wurden 6 andere Helikopter, um Rüstungsbestimmungen zu umgehen, erst in Österreich ausgerüstet und dann an den Irak geliefert ("Neue Züricher Zeitung" vom 9.8.1984). Das im Krieg gegen den Iran eingesetzte Giftgas stammt nach Berichten der "New York Times" aus einer Firma im Irak, die mit Hilfe einer deutschen Firma gebaut wurde und angeblich nur Pflanzenschutzmittel herstellt. (Ebenda.) ■

\* Es ist keineswegs übertrieben zu behaupten, daß deutsche Waffen fast überall beteiligt sind, wenn es um die militärische Niederschlagung von Aufständen und den Krieg gegen Befreiungsbewegungen geht, wenn es um lokale Kriege zwischen Nachbarländern geht, die von den imperialistischen Großmächten geschürt werden, wie z.B. der Krieg zwischen Irak und Iran. Dabei werden die Waffenlieferungen in sog. "Spannungsgebiete" getarnt und meist über Drittländer geliefert, um dem Schein nach bestehende gesetzliche Beschränkungen zu wahren. Dennoch gibt es genügend Beispiele, die an die Öffentlichkeit dringen und wahrscheinlich teilweise auch bewußt lanciert werden, um das eigene Volk und die internationale Öffentlichkeit an den verstärkten Rüstungsexport "made in Germany" zu gewöhnen.

\* Deutsche Waffen, deutsches Geld morden nicht nur mit, wenn es um K r i e g heute in der Welt geht wie im Irak-Iran-Krieg, sondern auch, wenn es um B ü r g e r k r i e g und Ü b e r f ä l l e gegen Nachbarstaaten geht wie heute in S ü d a f r i k a !

#### DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS IST EINE KRIEGSGEFAHR

Vor 40 Jahren war es für viele noch undenkbar, daß deutsche Waffen jemals wieder in Kriegen eingesetzt werden. Es war auch für viele undenkbar, daß Westdeutschland zur zweitgrößten Militärmacht in Westen aufsteigen würde. Zwar sind es heute "nur" deutsche Waffen und deutsche Militärberater, die in aller Welt eingreifen, es sind "nur" Manöver, die in anderen Ländern abgehalten werden und noch keine Kriege, in denen westdeutsche Soldaten "für's Vaterland" kämpfen.

Aber es muß klar sein, daß diese Schritte sind hin zur kriegerischen Absicherung und Ausweitung der weltweiten Einflusssphären und Ausbeuterinteressen der westdeutschen Imperialisten, es sind Schritte hin zu einem revanchistischen Krieg um die Weltherrschaft, der gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Völker gerichtet ist und die imperialistischen Rivalen ausschalten will.

Es wäre naiv, eine solche Entwicklung für unmöglich zu halten. Es gibt zwar immer mehr Menschen, vor allem in der "Friedensbewegung", die sich einen Weltkrieg, ja einen Atomkrieg vorstellen können und gegen diese Gefahren kämpfen wollen, doch daß der westdeutsche Imperialismus in einem solchen weltweiten Krieg eine führende Rolle spielen wird, das leugnen die meisten ab. Sie begründen dies mit der militärischen Stärke der USA und der Sowjetunion, über die sie ja so bestens informiert sind, und dem angeblichen Vasallenstatus Westdeutschlands gegenüber den USA. Aber das war einmal!

Inzwischen ist Westdeutschland selbst wieder eine selbständige imperialistische Großmacht, und die oben angeführten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den mörderischen Geschäften, die die westdeutsche Monopolkapitalgesellschaft auf der ganzen Erde betreibt.

Und es ist auch nur Teil einer Entwicklung, die es aufzuhalten, zu beenden gilt. Dies kann nicht geschehen durch Forderungen wie beispielsweise "Neutralität der Bundeswehr" oder "Austritt aus der NATO" - dann würden die großen und kleinen Waffengeschäfte der westdeutschen Imperialisten eben ohne die NATO laufen.

\* Diese Entwicklung kann nur beendet werden durch die Zerschlagung dieses verbrecherischen Systems, vor allem seines Hauptinstruments, der Bundeswehr.

## VERBRECHEN AUCH IN WESTDEUTSCHLAND SELBST

Wie sieht die Lage aus, wenn wir die Zustände im Innern der Bundesrepublik betrachten? Gibt es hier keine Verbrechen, die es anzuklagen gilt? Das Gegenteil ist der Fall!

### WER GEGEN DIESES SYSTEM KÄMPFT, MUSS MIT DEM TOD RECHNEN

- BENNO OHNESORG war nur der Anfang, um eine Protestbewegung einzuschüchtern, die mit Tränengas und Prügelorgien allein nicht aufgehalten werden konnte. Er mußte am 2. Juni 1967 durch eine Polizeikugel sterben, weil die SPD-Neubauer-Knüppelgarde dem Henker Schah einen ungestörten Empfang in Westberlin bereiten wollte. Benno Ohnesorgs Mörder ist heute auf freiem Fuß.

- Der Fall KLAUS RATTAY liegt noch nicht so lange zurück. Er mußte im September 1981 sterben, weil in Westberlin die CDU-Lummer-Knüppelgarde das "Recht" auf ungehinderte Bodenspekulation und Mietwucher gegen den Widerstand der Hausbesetzerbewegung durchsetzen wollte. Seine Mörder sind heute auf freiem Fuß.

Allein in den 8 Jahren von 1971 bis 1978 sind mindestens 110 Menschen von der Polizei getötet worden, die Schwerverletzten nicht mitgerechnet, u.a.:

- PETRA SCHELM: 1971 bei ihrer Festnahme in Hamburg von hinten erschossen.

- GEORG VON RAUCH: Dezember 1971 in Westberlin erschossen.

- Allein in angeblicher "Notwehr" wurden erschossen:

THOMAS WEISBECKER: März 1972 in Augsburg,

WILLY PETER STOLL: September 1978 in Düsseldorf,

ELISABETH VAN DYCK: Mai 1979 in Nürnberg.

All dies läuft unter "Terroristenfahndung", die ja "schnellstes Handeln", sprich Todesschuß, erfordert nach dem Motto: "Nur ein toter Terrorist ist ein guter Terrorist." Das scheint auch für bestimmte Gefangene zu gelten:

- 1976 bis 1977 wurden ULRIKE MEINHOF, ANDREAS BADER, GUDRUN ENSSLIN, JAN CARL RASPE und INGRID SCHUBERT tot in ihren Zellen aufgefunden, was von verschiedenen Seiten als gezielter Mord eingeschätzt wurde.

- HOLGER MEINS und SIGURD DEBUS starben beim Hungerstreik im Gefängnis gegen die unmenschlichen Haftbedingungen.

### UNTERSTÜTZUNG UND ZUSAMMEN- ARBEIT MIT FASCHISTISCHEN MORDBANDEN UND GEHEIMDIENSTEN

Es ist eine Tatsache, daß hier in Westdeutschland faschistische Mordbanden und Geheimdienste z.B. aus der Türkei geduldet und bei ihrer Arbeit unterstützt werden, die Antifaschisten und Revolutionäre aus der Türkei, die gegen das Terrorregime in ihrem Heimatland und gegen den westdeutschen Imperialismus als Drahtzieher dieses Kompradoren- und Feudalherrenregimes kämpfen, einzuschüchtern und zu liquidieren. Greifen wir zwei Beispiele heraus, die die Zusammenarbeit des westdeutschen Staatsapparates mit diesen Banden verdeutlichen.

- \* NESET DANES - Mai 1974 in Hamburg, ohne daß die westdeutsche Polizei eingreift, brutal von türkischen Faschisten auf einer Veranstaltung erschlagen. An-

schließlich verhaftete die Polizei die Freunde des ermordeten türkischen Arbeiters.

- \* KATIP SALTAN - August 1980 in Aachen in seiner Wohnung von faschistischen Banden der "Grauen Wölfe" aus der Türkei überfallen, gefesselt, gefoltert und meuchlings ermordet. Nach einer Demonstration zu Ehren des ATIF-Genossen Saltan wurde wieder ein Antifaschist als angeblicher "Mörder" verhaftet.

#### ABSCHIEBUNG VON REVOLUTIONÄREN UND VERBOT ANTIFASCHISTISCHER AUSLÄNDISCHER ORGANISATIONEN

Die Praxis der Abschiebung von Revolutionären in die Folterkeller in alle Welt, die heute das Stellen der Weichen für die Züge nach Auschwitz ersetzt, wird begleitet und erleichtert durch

#### das Verbot antifaschistischer ausländischer Organisationen:

- \* V e r b o t der palästinensischen Organisationen von GUPS und GUPA 1972 führte zu Hunderten von Abschiebungen von Palästinensern aus Westdeutschland, organisiert im Stil der G e s t a p o in Nacht- und Nebelaktionen.
- \* V e r b o t der antifaschistischen Organisationen aus der Türkei D e v r i m c i S o l und H a l k D e r 1983 war verbunden mit Verhaftungen und Gefängnisurteilen gegenüber Antifaschisten aus der Türkei, denen die Abschiebung an die faschistischen Henker in der Türkei droht.

#### UNTERSTÜTZUNG DEUTSCHER FASCHISTISCHER BANDEN

Der alltägliche Terror neofa-

KEMAL  
ALTUN



Ein Aufschrei und eine Anklage gegen die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus ist der Tod Kemal Altuns, der im Kampf gegen Abschiebehaut und drohende Abschiebung in die faschistischen Folterkeller im August 1983 in den Tod sprang. Damit wurde dem heuchlerischen Gesicht der westdeutschen Staatsbüttel und ihrer Abschiebep Praxis, die - wenn es nach ihnen ginge - reibungslos erfolgen soll, ein schwerer Schlag versetzt. Kemal Altun zeigte, was ein einzelner, selbst unter schwierigsten Bedingungen für die Sache der Solidarität tun kann.

Kemal Altun hat ins Bewußtsein gerückt, daß revolutionäre Organisationen ausländischer Arbeiter und Studenten vom Staatsapparat der westdeutschen Imperialisten bespitzelt, verfolgt und unterdrückt werden. Daß

ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen oder ganz "rechtmäßig" durch die Verweigerung von politischem Asyl in die Folterkeller der faschistischen Regimes ihrer Heimatländer abgeschoben werden, direkt in die Hände ihrer Henker. Das ist im Fall der Türkei offensichtlich, wo seit September 1980 mindestens 50 Todesurteile vollstreckt wurden, über 500 politische Gefangene zum Tode verurteilt wurden und der Vollstreckung entgegensehen, zahlreiche Revolutionäre durch Folter ermordet wurden und für Tausende von Revolutionären das Gerichtsurteil noch aussteht.

\*\*\*\*\*

schistischer Stoßtrupps durch Brandanschläge auf türkische Läden und Kulturzentren, durch Bombenanschläge auf Asylantenheime, durch Anstrecken von Wohnhäusern ausländischer Arbeiter wie 1984 in Duisburg, wobei die Bewohner aus der Türkei verbrannten, durch Ermordung einzelner Ausländer auf offener Straße oder gezielten Meuchelmord wie durch die Hoffmann-Bande an einem antifaschistischen jüdischen Verlegerehepaar, oder auch durch einen scheinbar völlig ziellosen, auf faschistische Abschreckung ausgerichteten Bombenanschlag wie auf dem Münchner Oktoberfest 1980, dem bisher blutigsten Anschlag in Westdeutschland seit dem 2. Weltkrieg, bei dem 17 Menschen getötet und viele schwer verletzt wurden - die Liste ließe sich noch verlängern - dieser Terror neonazistischer Banden wird vom Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus nicht nur geschützt und gedeckt, etwa gegen antifaschistische Demonstrationen, dieser Terror wird sogar gezüchtet und gefördert, staatlicherseits werden Alibis für gerichtliche Freisprüche oder glimpfliche Strafen gezimmert, Mordtaten vertuscht, "Untertauchen" bzw. legales Reisen ins Ausland wie bei dem ANS-Faschisten Kühnen ermöglicht.

Neofaschistischer Terror wird auch höchststrichterlich der Boden bereitet und gefördert, wenn Lokalverbot für Türken ebenso wie "Türken-raus" - Schmierereien der Neonazis n i c h t als Volksverhetzung gewertet und deshalb auch n i c h t unter Strafe gestellt werden.

#### **VERBRENNUNG VON ASYLANTEN**

Nicht vergessen werden bei dieser Aufzählung darf die Protest-

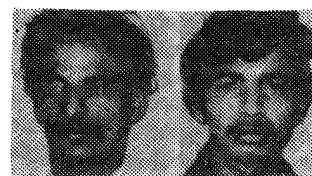
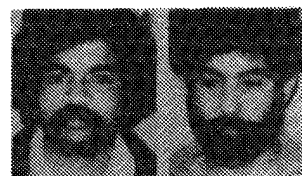
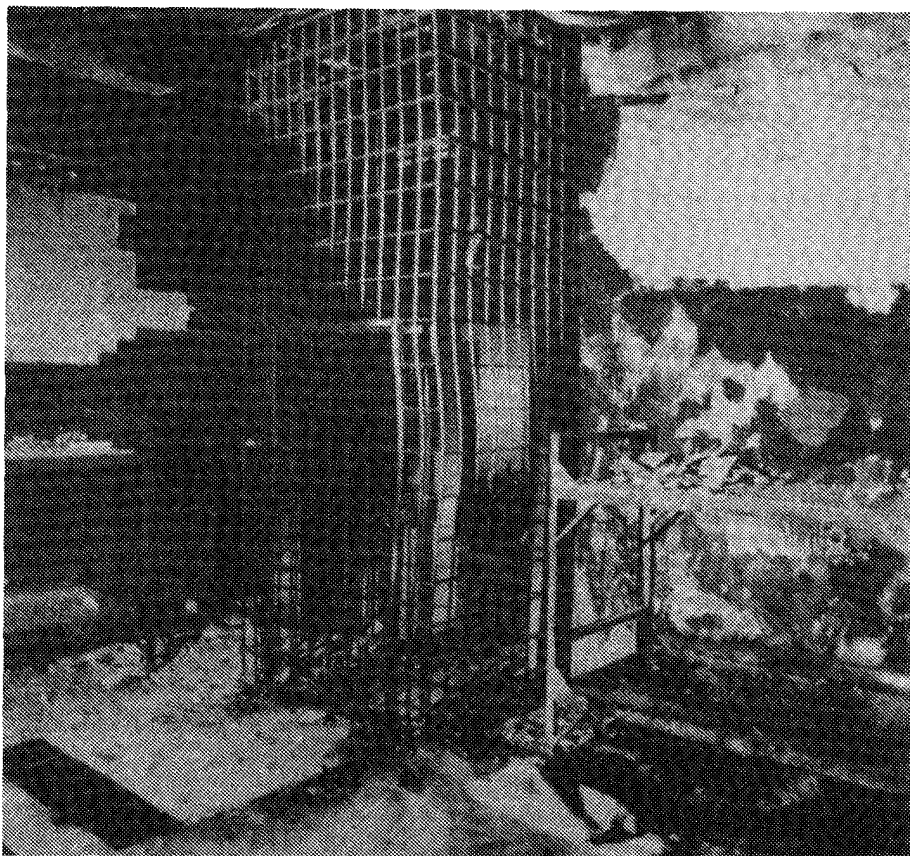
aktion der Gefangenen im Abschiebegefängnis am Augustaplatz in Westberlin in der Neujahrsnacht 1983/84. Angesichts der brennenden Zellen hatten die Wärter nur eine Sorge, womit sie ihre Tat zynisch rechtfertigten: Niemand darf fliehen! Nach Beginn des Brandes verschlossen sie die Zellen, warfen die Schlüssel weg und sahen zu, wie sechs Abschiebehäftlinge im Feuer verbrannten !

Diese mörderische Tat geht nicht allein und auch nicht hauptsächlich auf das Konto rassistisch verhetzter einzelner Staatsbütel, die in der Tradition der faschistischen KZ-Wächter stehen, dieses Tat reiht sich nahtlos ein in die systematische Perfektionierung der rassistischen und chauvinistischen Ausländerpolitik, der verbrecherischen Abschiebungs- und Abschreckungspraxis des westdeutschen Imperialismus, der dafür auf die Anklagebank gezerzt und zur Rechenschaft gezogen werden muß !

#### **DIE FASCHISIERUNG GEHT VOM STAATSAPPARAT AUS**

Zusammenfassend aus diesen wenigen Beispielen läßt sich schlußfolgern: Es ist der westdeutsche Staat selbst, der verantwortlich ist für die angeheizte Atmosphäre der rassistischen Ausländerhetze, der in der Tradition des Hitlerfaschismus stehenden Hetze gegen Minderheiten wie die S i n t i und R o m a, der wiederauflebenden Hetze gegen J u d e n, für den alltäglichen Faschismus in Westdeutschland, für die "G e w ö h n u n g" an den Terror des Staatsapparats und faschistischer Mordbanden!

Die Faschisierung in Westdeutschland wird durch ein enges Zusammenspiel mit verteilten Rollen zwischen wach-



6 Tote in einem Westberliner Gefängnis, in Abschiebehäft verbrannt

sendem Terror faschistischer Mordbanden und verstärkter staatlicher Unterdrückung vorangetrieben, wobei der vom Staatsapparat selbst betriebene Terror systematisch und umfassend ist und bei weitem den der Neofaschisten übertrifft. Der Hauptträger der Faschisierung ist der Staat der westdeutschen Imperialisten selbst !

Doch auch damit stehen die westdeutschen Imperialisten noch am Anfang, richten sich ihre Maßnahmen in erster Linie gegen Revolutionäre, Ausländer, Sinti, Roma usw. und noch nicht gegen die breite Masse der Werktätigen, die vielleicht einmal gegen die-

sen oder jenen Mißstand demonstrieren wollen, aber mit bewußtem Klassenkampf noch nichts zu tun haben. Wir leben noch nicht in einer offen faschistischen Diktatur, aber nicht weil die westdeutsche Bourgeoisie moralische Bedenken hätte, sondern weil die relative Ruhe im Land eine solche Diktatur nicht erfordert. Doch steht dieser Staat und seine Politik moralisch auf dem Niveau des Faschismus.

o Die Steigerungsmöglichkeiten  
o des Terrors der westdeutschen  
o Imperialisten sind noch immens.  
o Dennoch ist dieses System heute  
o schon so verbrecherisch, (\*)  
o daß es nur wert ist, z e r -  
o s c h l a g e n zu werden. ■

(\*) Dabei haben wir von den alltäglichen und tagtäglichen Verbrechen, die dieses "freiheitliche" System produziert, noch gar nicht gesprochen. Oder ist es kein Verbrechen, Tausenden von Jugendlichen eine Ausbildung zu versagen und ihnen keine Perspektive geben zu können? Sind die gehäuften Arbeitsunfälle aufgrund gesteigerter Akkordhetze kein Verbrechen? Sind 15 000 Verkehrstote jährlich für die Profite der Autoindustrie normal? Sind ebenso so viele Selbsttötungen normal, nur weil dieses mörderische System Tausende in eine hoffnungslose Verzweiflung treibt?



# ZIELE DER REVOLUTION

Die gesamte Geschichte des deutschen Imperialismus seit seinem Bestehen ist die Geschichte von Völkermorden - an den Hereros in Afrika, den Juden, Sinti und Roma in Europa, im 1. und 2. Weltkrieg. Es ist die Geschichte der Niederschlagung der Arbeiterbewegung, angefangen von der Novemberrevolution, über den Blutmai 1929, über die Zerschlagung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften im "Dritten Reich", bis hin zum KPD-Verbot in den fünfziger Jahren. Bei Niederlagen des deutschen Imperialismus selbst zeigte sich seine Fähigkeit, gleich einem Stehaufmännchen nach kurzer Zeit seine verbrecherische Tätigkeit wieder aufzunehmen und wieder zu einer imperialistischen Großmacht emporzusteigen. All dies ist ein gewaltiges Anklagematerial gegen den deutschen Imperialismus, eine erdrückende Beweislast, die nur ein Urteil zuläßt: die Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus, seine Vernichtung.

## Tod dem westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus

Doch wie soll man ihn vernichten? Was sind die eigentlichen Wurzeln des westdeutschen Imperialismus, die es zu zerstören gilt? Was soll an die Stelle des jetzigen Systems treten? Welche Kraft wird der Garant für die völlige Vernichtung des westdeutschen Imperialismus sein? Wie soll sein Wiedererstehen verhindert werden? Lohnt sich der Kampf für dieses Ziel?

Die Träger des westdeutschen Imperialismus im ganz konkreten Sinne des Wortes sind die westdeutsche Großindustrie und Banken, das Finanzkapital, dessen restlose Enteignung

unumgänglich ist. Doch werden sich diese erfahrenen und mit allen Wassern gewaschenen Monopolherren so einfach enteignen lassen, weil - wie einige glauben mögen - vielleicht 51 % der Bevölkerung dafür sind?

Alle Erfahrungen der Geschichte des Kampfes der Arbeiter für die Enteignung der Monopole, für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zeigen, daß vor der Erreichung dieses Ziels ein gewaltiges Hindernis steht: Der Staatsapparat - das Militär, die Justiz, die Polizei, die Armee der staatlich bezahlten Demagogen und Lügner ...

Die Zerschlagung dieses Staatsapparats, der schon lange vor den offensiven Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten seine Muskeln spielen läßt, mit Terror und Bürgerkriegsaktionen die Frage des bewaffneten Kampfes selbst auf die Tagesordnung setzt - das ist die Frage Nummer 1, wenn es darum geht, den westdeutschen Imperialismus zu vernichten. Die Konzentration aller Kräfte zunächst auf dieses Ziel, auf die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes der Arbeiter und ihrer Verbündeten ist aber keineswegs das einzige Problem bei der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Soll nicht erneut ein imperialistisches System entstehen, soll wirklich allseitig und endgültig mit der Ausbeutung Schluß gemacht werden, dann muß Klarheit über den Ursprung des Imperialismus herrschen, über das Hervorwachsen der Monopole aus dem System des Kapitalismus. Nicht nur die Enteignung der Monopole, sondern die Vernichtung des Kapitalismus überhaupt steht also auf der Tagesordnung.

Eine ungeheuer wichtige, kaum zu überschätzende Kraftquelle für die Vorbereitung der pro-



letarischen Revolution, für den gewaltigen Zusammenschluß der Arbeiter als führende Kraft mit den werktätigen, ausgebeuteten Massen auf dem Lande und mit anderen Verbündeten besteht in der Gewißheit über die **Ziele**, die die Arbeiterklasse auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus anstrebt.

Diese Ziele stehen im krassen Gegensatz zur Gegenwart, sind der leuchtende Kontrast zu der schmutzigen, verfaulenden und erbärmlichen Realität des westdeutschen Imperialismus, der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt.

Der Kommunismus als Endziel der Arbeiterbewegung beinhaltet im Grunde sehr einfache, klare und der geschichtlichen Logik folgende Antworten auf die brennendsten Fragen:

Statt privater Besitztümer an Fabriken, Grund und Boden und überhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Profits:  
Gesellschaftlicher Besitz aller Produktionsmittel!

Statt mörderischem Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion nach dem Gesetz "Der Stärkere frißt den Schwächeren": Planung und Durchsichtigkeit der Wirtschaft durch die Arbeitenden!

Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung, die Arbeiter als Anhängsel der Maschine und ihre Unterordnung unter menschenunwürdige Formen der Arbeitsteilung: die Arbeit als erstes Lebensbedürfnis der Menschen nach ihrem Plan, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, im Interesse der Produzenten gestaltet.

Statt Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Männer und Frauen, statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: **Freie Assoziation** der Schaffenden in voller Gleichberechtigung und Freiheit, ohne Unterdrückung und Ausbeutung.

Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: völlig freiwillige Verbindung der Völker, Nationen und Rassen zur Menschheit im Weltkommunismus!

Die klaren, von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN wissenschaftlich erarbeiteten Umrisse und Grundlagen einer künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung werden durch die gesamte gesellschaftliche Entwicklung immer zwingender, dringender und auch real möglicher. Der schreiende Widerspruch zwischen ungeheurem Reichtum, Milliarden, ja Billionen an Rüstungsgütern einerseits und riesigem Elend, Millio-

## STALIN über den Kommunismus

... Eine allgemeine Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft haben Marx, Engels und Lenin in ihren Werken gegeben. Wenn in aller Kürze die Anatomie der kommunistischen Gesellschaft skizziert werden soll, so wird es eine Gesellschaft sein:

- a) in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern nur gesellschaftliches, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln geben wird; b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft geben wird, die sich als freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst leiten werden; c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisiert, auf der höchsten Stufe der Technik in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft basieren wird; d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird; e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“; f) in der Kunst und Wissenschaft sich in so günstigen Verhältnissen befinden werden, daß sie in jeder Hinsicht aufblühen werden; g) in der die Persönlichkeit, befreit von der Sorge um das Stück Brot und der Notwendigkeit, sich an die „Großen der Welt“ anzubiedern, wirklich frei werden wird usw. usw.

(J.W. Stalin, "Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation, 1927, Werke Bd.10, S.116f)

nen von Toten in Kriegen und Hungersnöten andererseits wird immer offensichtlicher. Die ungeheuer gewachsenen Möglichkeiten auf technischem Gebiet, die Produktion zu vereinfachen, Waren, Konsumgüter im Überfluß herzustellen, die Arbeitszeit auf ein Minimum für alle herabzusetzen, durch neue Methoden die Übersicht, Durchsichtigkeit und Verbindung zwischen den Menschen umfassend zu gestalten auf der einen Seite - und auf der anderen Seite die Realität, daß die neuen technischen Möglichkeiten nur zur Schaffung eines riesigen Heeres von Arbeitslosen, zu noch brutaler Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen benutzt werden - all dies zeigt unwiderlegbar, daß DER EINZIGE AUSWEG DER KOMMUNISMUS ist !

Aber im Kampf zur Erreichung dieses großartigen Ziels des Kommunismus steht die Arbeiterklasse auch gerade *n a c h* der Zerschlagung des alten Staatsapparats, gerade auch *n a c h* der Enteignung der Monopole, ja sogar nach der ökonomischen Vernichtung des Kapitalismus überhaupt nach wie vor im *K l a s s e n - k a m p f* . Es ist ein sich verschärfender, gigantischer Klassenkampf mit den Kräften der alten Ordnung auf allen Gebieten.

Die neu erkämpften, von der Diktatur des Proletariats garantierten Verhältnisse, die proletarische Demokratie , dienen nicht nur den positiven Zielen des Proletariats, der Verwirklichung des Sozialismus und später des Kommunismus. Nein, der Aufbau eines neuen Staatsapparats, der Diktatur des Proletariats nach den Grundsätzen der proletarischen Demokratie und die immer stärkere Entfaltung der Demokratie des Proletariats ist eine gewaltige Waffe in der Hand der ehemals ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit der Volksmassen gegen ihre alten und neuen Feinde. Diese Feinde arbeiten im In- und Ausland koordiniert daran,

durch Aggression von außen und Subversion im Innern, durch offen reaktionäre Losungen und schleichenden Revisionismus, getarnt durch scheinbar "linkeste" Losungen, kurz : in allen Varianten, in dieser oder jener Form wieder eine Ausbeuterordnung zu errichten. Sie wollen zum Profitsystem, zur Unterdrückung der Volksmassen, zum System des Imperialismus zurückkehren, wie es mit der Methode des Revisionismus in der ehemals sozialistischen Sowjetunion, China, Albanien und anderen früher sozialistischen Ländern ja gelungen ist.

Und hier stehen die Kommunisten vor einem schwierigen und vielleicht dem wichtigsten Problem überhaupt bei der Frage der Zerstörung des westdeutschen Imperialismus, vor der Frage : "Lohnt sich der Kampf für die Diktatur des Proletariats, für die proletarische Demokratie, für den Kommunismus überhaupt ? Wird die Unterdrückung der ehemaligen Ausbeuterklassen und neu entstehender Feinde der Werktätigen, die sogar aus den Reihen der kommunistischen Partei selbst kommen, nicht ähnlich wie in der Sowjetunion und anderen Ländern zu einer neuen Ausbeuterordnung führen, so daß alle Opfer und Kämpfe *u m s o n s t* waren ?"

Die Antwort darauf ist eindeutig: Es lohnt sich sehr wohl, denn die Entartung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder war kein zwangsläufiges Schicksal. Diese sozialistischen Länder scheiterten, weil sie den Marxismus-Leninismus revidierten, weil sich dort eine falsche politische Linie durchsetzte, die sich nicht an der Verstärkung der Diktatur des Proletariats und an der Zuspitzung des Klassenkampfes orientierte. Das hört sich zunächst sehr abstrakt an. Doch der unschätzbare Wert des Marxismus-Leninismus, der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, liegt darin, daß er die Erfahrungen der Arbeiterbewegung *a l l e r*

Länder zusammenfaßt. Und wer diese Erfahrungen mißachtet, wird früher oder später eine Niederlage erleiden. Wenn es aber gelingt, diese Erfahrungen richtig auszuwerten, zu verteidigen und in den sich zwangsläufig und gesetzmäßig entwickelnden Klassenkämpfen gegen den westdeutschen Imperialismus anzuwenden, dann wird anhand der eigenen Erfahrungen die Erkenntnis wachsen, daß der Marxismus-Leninismus unbesiegbar ist, daß die Entartung mit einer richtigen politischen Linie verhindert werden kann und muß, weil es zur Ausbeuterordnung keine Alternative außer dem Aufbau des Sozialismus und

Kommunismus gibt.

Die gewaltige positive Erfahrung des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins und der anderen ehemals sozialistischen Länder sind eine Kraftquelle, die es unbedingt auszuschöpfen gilt. Ebenso wichtig ist die Untersuchung der negativen Erfahrungen und Entwicklungen dieser Länder, um eine prinzipienfeste und erfolgreiche Propaganda zu entwickeln für die notwendige Zerschlagung des westdeutschen Staatsapparats, die Vernichtung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. ■



### BISHER ERSCHIENENE GEMEINSAME STELLUNGSNAHMEN DER REDAKTIONEN VON:



Zum "Vorschlag der KP Chinas zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" 1963:

DIE ERFORDERNISSE EINER INTERNATIONALEN MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GENERALLINIE UND DER KAMPF DER KP CHINAS GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

TEIL I	Einige brennende Probleme der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und die Notwendigkeit einer Kritik der Dokumente der "Großen Polemik"
TEIL II A	Zur Geschichte des Kampfes gegen den modernen Revisionismus
TEIL II B	Zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus
TEIL III A	Die Bedeutung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den modernen Revisionismus
TEIL IV	Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution
TEIL V	KRÄFTE DER INTERNATIONALEN KONTERREVOLUTION
Teil VI	Das Schema vom "friedlichen und nichtfriedlichen Weg" widerspricht dem Marxismus-Leninismus.

- DISKUSSIONSGRUNDLAGEN -

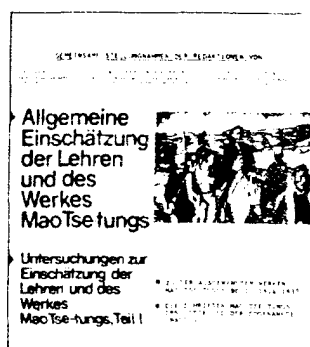
Vertrieb über:

**BUCHLADEN  
Georgi Dimitroff**

Koblenzerstraße 4, 6000 Frankfurt

### Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“:

- TEIL 1 : Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- TEIL 2 : Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution
- TEIL 3 : Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- TEIL 4 : Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus



Demnächst  
erscheint:

Untersuchungen  
zur  
Einschätzung  
der Lehren  
und  
des Werkes  
Mao Tse-tungs,  
Teil II

# INHALT:

***** * <b>WORUM GING ES IN BITBURG?</b> * *****	2
- "Wehe denen, die KZs mißbrauchen als Legitimationskulisse..."	4
- Rehabilitierung der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS	5
- Die Bundeswehr steht in der Tradition der faschistischen Wehrmacht	7
- Keine Illusionen über die Rolle der Sozialdemokratie	8
■ Rehabilitierung der faschistischen Wehrmacht: Bonner Spitzenpolitiker, die ihren Fahneid auf Adolf Hitler <b>n i e m a l s</b> gebrochen haben	10
***** * Die Verantwortung des deutschen Volkes für die Greuelthaten des Hitlerfaschismus niemals vergessen * * <b>ZUR FRAGE DER MITSCHULD DES VOLKES AN DEN VERBRECHEN DER HERRSCHENDEN KLASSE</b> * *****	12
1. War das ganze deutsche Volk am Hitlerfaschismus schuld - oder nicht?	12
2. Die Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus machen die ganze Tragweite der Mitschuld der Mehrheit des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus deutlich	17
3. Welche Verantwortung tragen die werktätigen Massen heute? Zum biologischen Argument, die "neue" Generation habe nichts mehr mit dem Hitlerfaschismus zu tun	19
■ Über die Verantwortung der SPD für den Machtantritt des Faschismus	21
***** * Ideologie und Politik des westdeutschen Revanchismus zerschlagen * * <b>POLEN - EIN PRÜFSTEIN</b> * *****	23
-Die Verbrechen des Hitlerfaschismus gegenüber Polen müssen gesühnt werden	24
-Die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlung von Deutschen aus Polen verteidigen	25
-Die Demagogie des westdeutschen Imperialismus zurückweisen	26
■ Die GRÜNEN im Bundestag: Ihre Hetze gegen die Sowjetunion Stalins geht einher mit einer direkten ideologischen Unterstützung des Revanchismus	28
■ Die Verbrechen des deutschen Imperialismus am polnischen Volk niemals vergessen	31
***** * <b>DER KAMPF GEGEN DEN ANTISEMITISMUS HAT SICH KEINESFALLS ERLEDIGT</b> * *****	34
***** * Zur "besten" Rede anlässlich des 8.Mai 1985 * * <b>DER EHEMALIGE HAUPTMANN DER FASCHISTISCHEN ARMEE UND HEUTIGE BUNDES-PRÄSIDENT WEIZSÄCKER ZEIGT DEMAGOGISCHE FÄHIGKEITEN</b> * *****	38
1. Geschichtsbewertung à la Weizsäcker: "Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde."	40
2. Die Lüge vom "guten Glauben"	40
3. Trauer um alle Toten?	41
4. Der 8.Mai 1945: Befreiung oder Knechtung des deutschen Volkes?	41
5. Verleumdung der sozialistischen Sowjetunion Stalins	42
6. Drohung: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen	43
7. Lügen über Westdeutschland	44
***** * <b>WER DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS HEUTE NICHT BEKÄMPFT, MACHT SICH MITSCHULDIG</b> * *****	46
- Deutsche Waffen und deutsches Geld morden mit in aller Welt	46
- Die Bundeswehr ist immer offener auch außerhalb der Grenzen der BRD "aktiv"	46
- Am Beispiel der Türkei: Unterstützung faschistischer Regimes bei der Niederschlagung revolutionärer Massenbewegungen	47
- Unterstützung faschistischer Regimes überall auf der Welt durch Waffen und Militärberater	48
- Der westdeutsche Imperialismus ist eine Kriegsgefahr	51
- Verbrechen auch in Westdeutschland selbst	52
- Wer gegen dieses System kämpft, muß mit dem Tod rechnen	52
- Unterstützung und Zusammenarbeit mit faschistischen Mordbanden und Geheimdiensten	52
- Abschiebung von Revolutionären und Verbot antifaschistischer ausländischer Organisationen	53
- Unterstützung deutscher faschistischer Banden	53
- Verbrennung von Asylanten	54
- Die Faschisierung geht vom Staatsapparat aus	54
■ Waffengeschäfte der westdeutschen Imperialisten - eine Auswahl	50
***** * <b>ZIELE DER REVOLUTION</b> * *****	56